STREIFE

02|2026 MAGAZIN FÜR DIE POLIZEI IN NORDRHEIN-WESTFALEN



Wie wir Opfern helfen

Daniela Kummer und Beatrix Kurth machen sich stark für Opferschutz nach Straftaten – eine Aufgabe für alle im Polizeidienst.

BRÜCKENBAUER

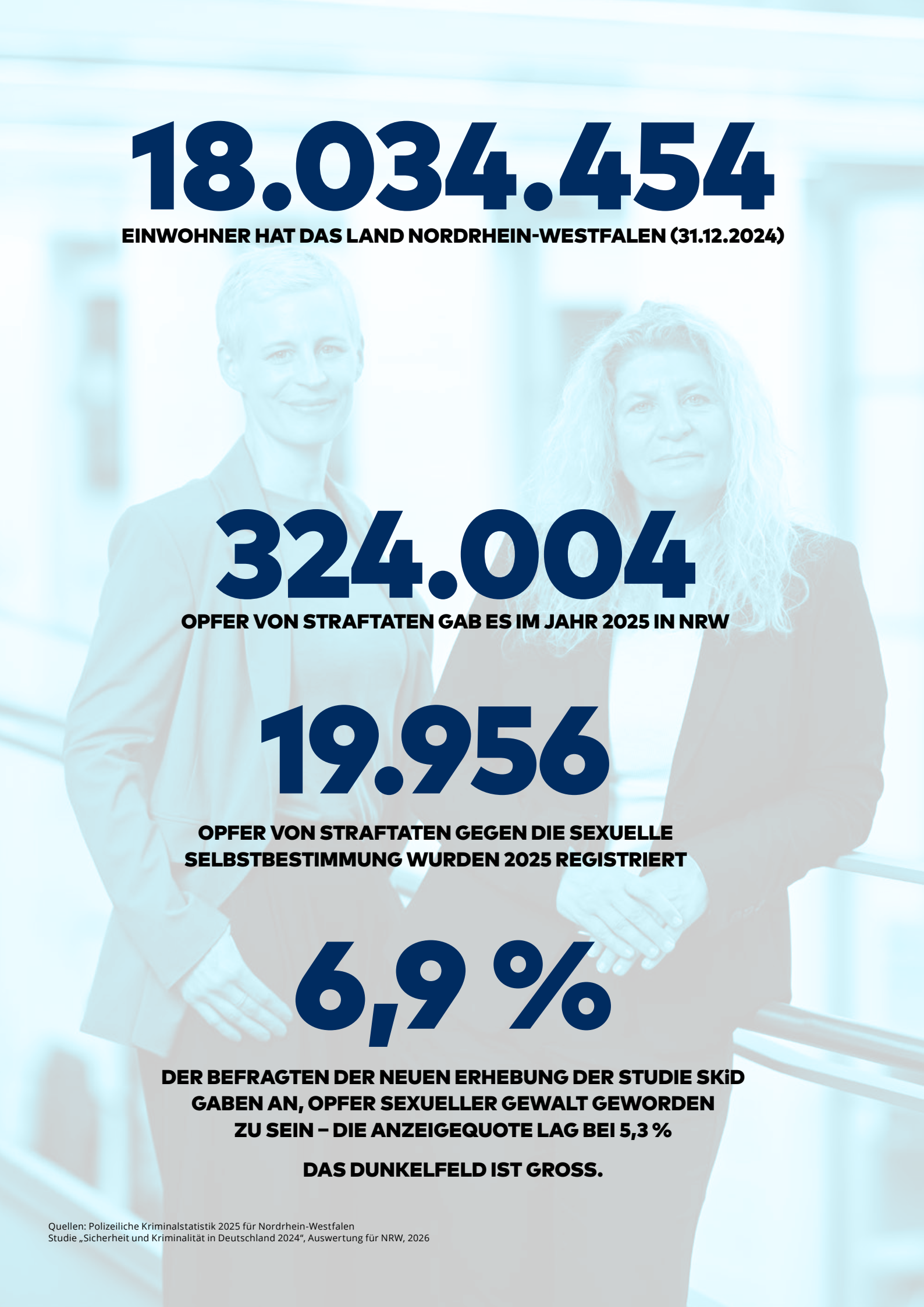
Wo Vertrauen wächst: Polizeiarbeit zwischen Religion, Kultur und Alltag

LEBENSRETTER

Wo Rettung mitfährt: Neue RTW für den Polizeiärztlichen Dienst NRW

RÜCKENSTÄRKER

Wo Belastung nachwirkt: Unterstützung für die mentale Gesundheit



18.034.454

EINWOHNER HAT DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN (31.12.2024)

324.004

OPFER VON STRAFTATEN GAB ES IM JAHR 2025 IN NRW

19.956

OPFER VON STRAFTATEN GEGEN DIE SEXUELLE SELBSTBESTIMMUNG WURDEN 2025 REGISTRIERT

6,9 %

DER BEFRAGTEN DER NEUEN ERHEBUNG DER STUDIE SKiD GABEN AN, OPFER SEXUELLER GEWALT GEWORDEN ZU SEIN – DIE ANZEIGEQUOTE LAG BEI 5,3 %

DAS DUNKELFELD IST GROSS.

Quellen: Polizeiliche Kriminalstatistik 2025 für Nordrhein-Westfalen
Studie „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland 2024“, Auswertung für NRW, 2026

Wie wir Opfern helfen

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

Sie haben es bemerkt - diese Ausgabe der „Streife“ sieht anders aus. Mit gutem Grund: Wir fanden, dass es Zeit wird für eine Überarbeitung des Magazins, das ab jetzt noch näher dran sein will an Ihnen, unseren Leserinnen und Lesern. Deshalb haben wir das Design aktualisiert und auch inhaltlich einiges mit einem Update versehen. Zudem gibt es jetzt auch eine eigene Präsenz der „Streife“ im Internet. Eines jedoch wird sich nicht ändern: Die „Streife“ bleibt das Magazin für die Polizei in Nordrhein-Westfalen und die Bürgerinnen und Bürger des Landes. Sie wird weiterhin Spannendes, Neues und Wissenswertes aus dem Alltag der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Institution Polizei berichten. Damit bleibt sie ein wichtiges Bindeglied zwischen der Polizei und den Menschen in diesem Land, denn Polizei-Themen sind immer auch gesellschaftliche Themen.

So wie der Opferschutz: Oft stehen die Opfer von Straftaten im Schatten der Täterinnen und Täter. In dieser Ausgabe haben wir versucht, möglichst viele Facetten dieses wichtigen Themas abzubilden. Betroffen sind nicht nur Bürgerinnen und Bürger, auch Polizistinnen oder Polizisten können zu Opfern werden: Gewalt gegen Einsatz- und Rettungskräfte nimmt zu, Einsätze können sehr belasten. Die Polizei NRW lässt die Betroffenen nicht allein – auch das lesen Sie in dieser Ausgabe.

Ihr



Herbert Reul



Titelfoto: Volker Beushausen Foto: Tim Wegner

Oft stehen die Opfer von Straftaten im Schatten der Täterinnen und Täter. Wir lassen Betroffene nicht allein.

08 LAGEBERICHT
Neue Orte, neue Kontakte, neue Aufgaben: Nachrichten von der Polizei NRW.

10 DOSSIER
Nach der Tat: Warum viele Opfer schweigen und wo Schutz ansetzen muss.

24 REPORTAGE
Neue Rettungswagen und Telemedizin stärken den Polizeiärztlichen Dienst im Einsatz.

28 AUS- UND WEITERBILDUNG
Die Hochschule der Polizei feiert ihr 50-jähriges Bestehen.

30 WIR
Tierischer Einsatz, Nachwuchswerbung und Rettung aus dem Rhein: Neues aus den Kreispolizeibehörden.

34 POLIZEIPRAXIS
Cannabis am Steuer: GraS-ID sucht nach einem neuen Weg zur THC-Messung.

36 TECHNIK
Grün für Blaulicht: Neue Forschungsprojekte sollen Einsatzfahrten künftig noch sicherer und effizienter machen.

39 IN ZAHLEN
Was Polizeiarbeit messbar macht: ausgewählte Zahlen aus NRW auf einen Blick

POLICE WOMAN OF THE YEAR 06
Im Südsudan hilft Polizeioberkommissarin Königs Menschen in Not – ihr Einsatz wird weltweit gewürdigt.



VERTRAUEN VOR ORT 20
Tarik Emir zeigt, wie interkulturelle Polizeiarbeit gelingt.





RÜCKHALT IM DIENST 32
Wenn Einsätze nachwirken, bietet die Polizei NRW vertrauliche Unterstützung.

STREIFZUG



OPFER IM BLICK
Von Stalking bis Cybergrooming: Unser Dossier fragt, wie Opfer besser erreicht, geschützt und durch Verfahren begleitet werden können.
10



TATORT CHATROOM
Cybergrooming beginnt oft scheinbar harmlos. Eine Studie erforscht, wie Täter kindliches Vertrauen ausnutzen.
18

IMPRESSUM

Herausgeber: Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, Friedrichstraße 62–80, 40217 Düsseldorf
Verantwortlich: Elke Neheidom (V.i.S.d.P.)
Redaktion Ministerium: Carsten Sobek
Redaktion: RDN Agentur und Verlag, Recklinghausen, Stefan Prott (Chefredaktion), Tatjana Hetfeld, Jennifer von Glahn, Karoline Jankowski, Jana Leygraf, Jörn-Jakob Surkemper, Laura Tirier-Hontoy, Mark Pillmann (Autoren), Jens Valtwies (Layout), Volker Beushausen, André Chrost, Marco Stepniak (Fotos)
Druck: Johnen-Druck, Bernkastel-Kues

Einsatz am Weißen Nil

Polizeioberkommissarin Stephanie Königs erhielt in New York aus der Hand von UN-Generalsekretär António Guterres für ihr herausragendes Engagement die prestigeträchtige Auszeichnung „2025 United Nations Woman Police Officer Of The Year“. Königs versah von September 2024 bis März 2026 ihren Dienst in der UN-Friedensmission UNMISS im Südsudan. Internationale Polizeikräfte unterstützen diese und kümmern sich in dem von Konflikten geplagten Land um die Belange der Bevölkerung. Stephanie Königs leitete vor Ort ein 26-köpfiges Team. Dank ihres professionellen Vorgehens in anspruchsvollen Checkpoint-Verhandlungen „gelangten die Friedenstruppen in kritische Gebiete, darunter auch Lager für Binnenvertriebene, wo sie mit schutzbedürftigen Bevölkerungsgruppen in Kontakt treten und lebensrettende Hilfe leisten konnten“, heißt es in der Begründung für den Preis. Die Polizeioberkommissarin von der KPB Rhein-Kreis Neuss war bereits zuvor international bei der Beobachtermission der EU in Georgien im Einsatz. Auf die UNMISS-Mission im Südsudan bereitete sie sich hauptsächlich im LAFP in Brühl vor.



Fotos: United Nations


Vandals

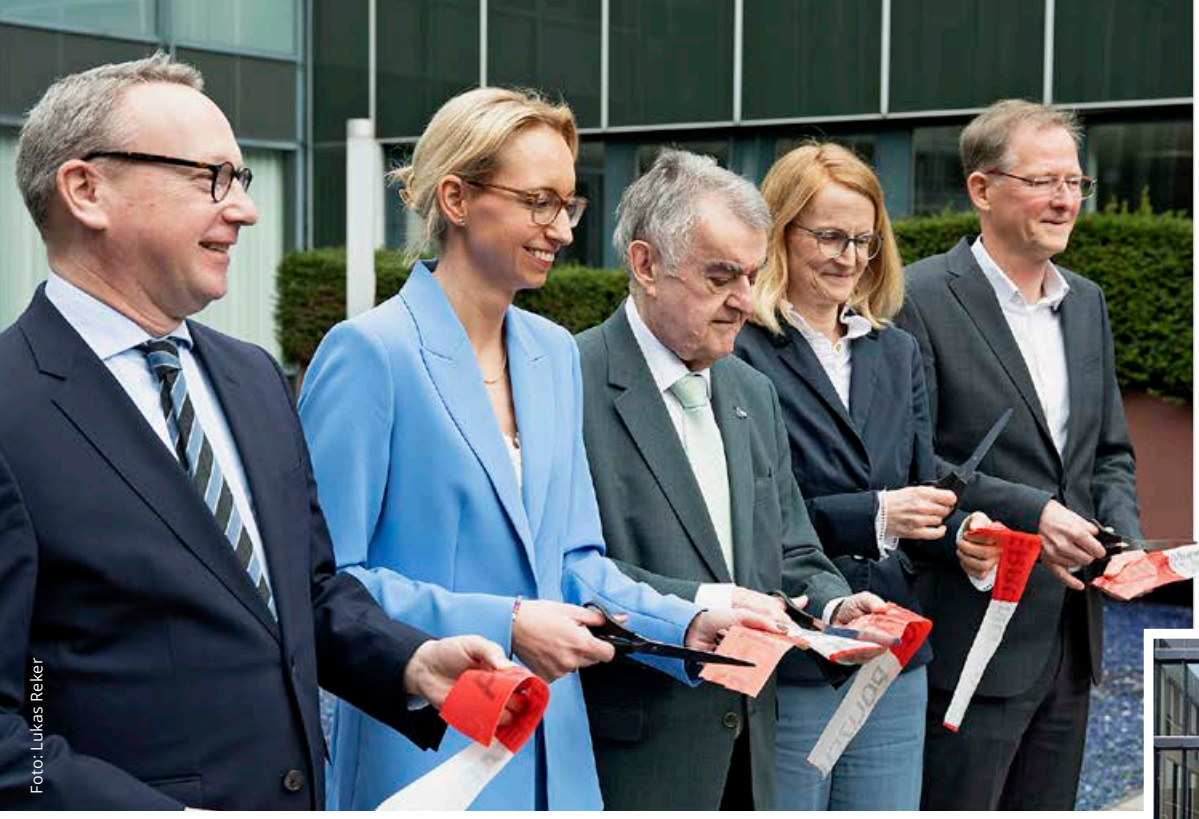


Foto: Lukas Reker

Innenminister Herbert Reul eröffnete gemeinsam mit NRW-Justizminister Benjamin Limbach, der Bielefelder Oberbürgermeisterin Christiana Bauer, Oberstaatsanwältin Dr. Sandra Müller-Steinhauer und Kriminaldirektor Wolfgang Niewald das Haus des Jugendrechts. Das kleine Bild zeigt dieAußenansicht.



UNTER EINEM DACH FÜR JUNGE MENSCHEN

Unterschiedliche Aufgaben - ein gemeinsames Ziel: Das Haus des Jugendrechts hat in Bielefeld seine Arbeit aufgenommen. Innenminister Herbert Reul eröffnete gemeinsam mit NRW-Justizminister Benjamin Limbach und der Bielefelder Oberbürgermeisterin Christiana Bauer die Räumlichkeiten und wies auf die Bedeutung der Einrichtung bei der Bekämpfung von Jugendkriminalität hin: „Mit dem Haus des Jugendrechts warten wir nicht, bis der Großbrand ausbricht, sondern löschen die ersten Funken." Die neue Einrichtung ergänzt auch in Bielefeld die NRW-Initiative „Kurve kriegen" in Sachen Prävention und Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität. Klar ist: Komplexe Phänomene wie diese sind nicht alleine durch die Polizei zu lösen. In Bielefeld soll daher die Kooperation aller Verantwortungsträger unter einem Dach positive Ergebnisse bringen. Das für Jugendkriminalität zuständige Kriminalkommissariat der Polizei, die städtische Jugendhilfe und die Staatsanwaltschaft befassen sich mit jugendlichen und heranwachsenden Tatverdächtigen, die mehrfach strafrechtlich in Erscheinung getreten sind und bei denen eine beginnende oder andauernde kriminelle Tendenz absehbar ist. Im Fokus: die relativ kleine Anzahl von jungen Menschen, die Probleme bereiten, aber auch selbst viele Probleme haben. Das Projekt kann auf Erfahrungen in anderen Städten zurückgreifen. Bereits an sieben Standorten existieren in Nordrhein-Westfalen Kooperationen von Polizei, Kommune und Justiz in einem Haus des Jugendrechts: in Köln, Paderborn, Dortmund, Essen, Oberhausen, Münster und Düsseldorf. Nun befindet sich das achte Haus des Jugendrechts am Boulevard in Bielefeld.

AUSTAUSCH MIT DEM LAND DER MORGENRUHE

Zwei Studenten, drei Monate und viele Einblicke: Von Ende April bis Anfang Juli waren zwei südkoreanische Polizisten zu Gast bei der Polizei in NRW. Sie setzten eine erfolgreiche Kooperation fort, die Deutschland mit dem „Land der Morgenruhe" seit 2014 verbindet. Jumin Kang und Eunhyung Joe von der Korean National Police University (KNPU) erkundeten den Ausbildungsalltag; zuvor lernte im Herbst 2025 eine Delegation des LKA die Arbeit der Polizei in Seoul kennen. Während für die Südkoreaner die Fortbildung im Vordergrund steht, profitiert die deutsche Seite im Bereich Cybercrime von der Expertise der Kolleginnen und Kollegen. Die beiden Besucher, Studenten im dritten Jahr des Bachelorstudiums an der KNPU, waren während ihres Aufenthalts u. a. bei der Reiterstaffel NRW, dem Innovation Lab im LZPD sowie im RTZ Dortmund zu Gast. Die Kooperation ist digital sichtbar: Das Social-Media-Team der Landeszentrale Personalwerbung produzierte ein Videoformat für den Instagram-Kanal der Polizei NRW.

ZUM **INSTAGRAM-KANAL**



Foto: LAFP



Foto: Polizei Recklinghausen/ C. Seidel



Die Visualisierung zeigt die Ansicht des neuen Haupteingangs. Innenminister Herbert Reul, die Polizeipräsidentin von Recklinghausen, Friederike Zurhausen, und weitere geladene Gäste begutachteten die Pläne des Gesamtkomplexes am Recklinghäuser Westring.

FÜR DIE POLIZEI VON MORGEN

Mit einem beherzten Griff zum Spaten durch Innenminister Herbert Reul, die Polizeipräsidentin von Recklinghausen, Friederike Zurhausen, und weitere geladene Gäste begann am 5. Mai 2026 in Recklinghausen der Neubau einer modernen Zentralen Polizeilichen Liegenschaft (ZPL) und eines geplanten Regionalen Trainingszentrums (RTZ). Das Gebäude-Ensemble, das aus Mitteln des Landes NRW finanziert wird, bündelt künftig Verwaltungsdienststellen der Polizei Recklinghausen, die Hundertschaft, verschiedene Kriminalkommissariate sowie die Fahrzeugwerkstatt. Im geplanten Regionalen Trainingszentrum, das neue Standards in der polizeilichen Aus- und Fortbildung setzen soll, werden Polizistinnen und Polizisten aus Recklinghausen, Gelsenkirchen und Oberhausen für Ernstfälle im Einsatz trainieren. Polizeipräsidentin Friederike Zurhausen betonte, der Bau stehe für „eine moderne Infrastruktur, zeitgemäße und zukunftsorientierte Arbeitsplätze und Trainingsvoraussetzungen." Der Gesamtkomplex am Recklinghäuser Westring ist rund 62.000 Quadratmeter groß, das entspricht gut neun Fußballfeldern. Neben den Gebäuden entstehen zudem Park- und Fahrzeugflächen.



Foto: Polizei Krefeld

NEUE STIMME FÜRS VERTRAUEN

Neuer Dienstort für die Krefelder Polizeipräsidentin Ursula Mecklenbrauck: Der Landtag in Nordrhein-Westfalen setzte Anfang Mai die 49-Jährige als erste unabhängige Polizeibeauftragte des Landes ein. Zukünftig wird die Juristin in der Villa Horion, der ehemaligen Staatskanzlei in Düsseldorf, tätig sein. Dort wird sie ab dem 1. Oktober 2026 die Anlaufstelle für Beschwerden oder Fragen aus den Reihen der Polizei und der Bürgerschaft sein. Mecklenbrauck, seit 2022 Polizeipräsidentin in Krefeld, sieht es als ihre Aufgabe an, „das vertrauensvolle Miteinander zwischen Gesellschaft und Polizei weiter zu stärken". Sie trete mit dem klaren Ziel an, Brücken zu bauen. Dabei soll es jenseits des Dienstwegs unbürokratisch zugehen, denn Anfragen können direkt an die Polizeibeauftragte herangetragen werden. Die in Koblenz geborene Juristin arbeitete vor ihrer Zeit bei der Polizei Krefeld unter anderem im Ministerium des Innern und der Staatskanzlei NRW.



DIE OPFER SIND NICHT ALLEIN.

Lange richtete sich der Blick auf Tat, Täterinnen und Täter. Inzwischen ist der Fokus verschoben: Die Sorge um Opfer, ihre Rechte und Bedürfnisse ist heute eine Kernaufgabe der Polizei. Unser Dossier zeigt, wie polizeilicher Opferschutz und Unterstützungsangebote ineinandergreifen. Aber auch, dass Scheu und Scham immer noch manches Opfer davon abhalten, Hilfe in Anspruch zu nehmen.



Die Lage erfassen, Beweise sichern, erste Zeugenaussagen aufnehmen: Wenn Polizeikräfte Kenntnis einer Straftat erhalten, sammeln sie vor Ort wertvolle Hinweise für das spätere Ermittlungsverfahren. Manchmal sind es unwiederbringliche Eindrücke, die volle Aufmerksamkeit und Konzentration verlangen. „Früher standen Aufklärung und Täterermittlung ganz im Fokus. Da wurde das Opfer eher als Zeuge oder Beweismittel verstanden“, erinnert sich Beatrix Kurth, die seit 1997 im Polizeidienst ist, davon viele Jahre bei der Kripo in Neuss. Aber die Perspektive hat sich grundlegend verändert: „Wir lenken den Blick heute mehr auf die Seite der Opfer: Welche Hilfen gibt es, welche Rechte haben sie, welche Informationen brauchen sie?“, sagt die Opferschutzbeauftragte im Landeskriminalamt.

STRUKTUREN GESCHAFFEN

Ein solcher Perspektivwechsel braucht Jahre und den Aufbau entsprechender Strukturen. Die Grundlagen hat der Runderlass vom 1. April 2019 zum Polizeilichen Opferschutz geschaffen: Dazu gehört die Information über den Ablauf des Ermittlungsverfahrens und über die Opferrechte, die Feststellung, ob weitere Hilfe und Unterstützung notwendig sind, und die Vermittlung entsprechender Angebote. Der Erlass besagt, dass diese Aufgabe zunächst selbst zu erledigen ist – vom Wach- und Wechseldienst, von den Beamten, die Kenntnis einer Straftat erhalten – sofort und automatisch beim Erstkontakt. In „herausragenden Fällen“ können die Polizeibeamten im Einsatz die lokalen Opferschutzbeauftragten hinzuziehen, die in allen 47 Kreispolizeibehörden und Polizeipräsidien installiert sind. Die Opferschutzbeauftragten sind nur operativ tätig. Sie sorgen für die nötige Sensibilisierung: „Ihre Aufgabe ist es, die Strukturen und Meldewege in ihrer Behörde so anzulegen, dass jeder Kollege und jede Kollegin, alle Beschäftigten mit Opferkontakt auch tatsächlich wissen, was sie zu tun haben“, erklärt Beatrix Kurth. Keine geringe Aufgabe und keine, die sich per Dienstanweisung lösen ließe: „Wir bieten Fortbildungen, organisieren Netzwerke, informieren über neue Erkenntnisse aus Forschung und Praxis – und tragen diese über die lokalen Opferschutzbeauftragten in die Fläche“, sagt Beatrix Kurth.
Eine von ihnen ist Daniela Kummer, die ihr Amt vor anderthalb Jahren im Polizeipräsidium Düsseldorf übernahm. Was sie seitdem erlebt hat, unterstreicht die Notwendigkeit professionellen Opferschutzes vor Ort.



Für uns ist es ein Einsatz. Für das Opfer ein tiefer Einschnitt ins Leben.

DANIELA KUMMER, OPFERSCHUTZBEAUFTRAGTE POLIZEIPRÄSIDIUM DÜSSELDORF

DIE EIGENE MUTTER ALS TÄTERIN

Wie in diesem Beispiel häuslicher Gewalt: Eine junge Frau, gerade 18 Jahre, mitten im Abitur. Sie wird immer wieder von der eigenen Mutter geschlagen, mit der sie in einer Wohnung lebt. In tiefer emotionaler und wirtschaftlicher Abhängigkeit: „Das Mädchen hatte kein Konto, nie Taschengeld bekommen, keine Mittel, um sich Essen zu kaufen." Aber es entschied sich, aus der Enge auszubrechen und die Gewalt anzuzeigen. Daniela Kummer weiß: „Es gehört viel Mut dazu, sich gegen die eigene Mutter zu wenden." Das hat die junge Frau geschafft und das Hilfenetzwerk hat sie aufgefangen: Die Täterin wurde 14 Tage der Wohnung verwiesen, der Bezirksdienst kontrollierte das Betretungsverbot. Mit Einverständnis des Opfers nahm die Interventionsstelle in Düsseldorf proaktiv Kontakt auf. Der Verein WEISSER RING e.V. half sofort mit 250 Euro „cash" für Lebensmittel und nötigste Besorgungen. Die Traumaambulanz bot Gespräche an, um die eigenen Kräfte der jungen Frau wieder zu aktivieren. Und das Familiengericht entschied, ihr die gemeinsame Wohnung für 6 Monate zur alleinigen Nutzung zuzuweisen. „Nur durch dieses abgestimmte Zusammenwirken können Betroffene langfristig geschützt werden und ihren Weg in ein gewaltfreies Leben finden", sagt Daniela Kummer. Für die Opfernachsorge hielt sie weiter persönlichen Kontakt. „Wir dürfen niemals vergessen: Für uns ist es nur ein Einsatz, aber für die Betroffenen ein tiefer Einschnitt in ihr Leben."

MIT RESPEKT UND EMPATHIE

Aber wie weit reicht der polizeiliche Opferschutz und wo endet er? „Vom ersten Kontakt bis zum Abschluss des Ermittlungsverfahrens", erklärt Beatrix Kurth – und zu jedem Zeitpunkt haben Opfer Anspruch auf „respektvollen, einfühlsamen, individuellen und professionellen Umgang", so der Erlass. „Das ist weit mehr als eine Selbstverständlichkeit, sondern eine wichtige Leitlinie, um eine weitere Belastung der Opfer oder gar eine sekundäre Viktimisierung zu vermeiden", sagt Beatrix Kurth. „Ich erlebe, dass viele Kollegen ein hohes Maß an Empathie mit den Opfern haben", berichtet Daniela Kummer. Die eigentliche

Fotos: Volker Beushausen

> *Opferschutz ist eine Aufgabe für uns alle bei der Polizei – und eine gesellschaftliche Aufgabe.*
>
> **BEATRIX KURTH, OPFERSCHUTZBEAUFTRAGTE IM LKA DÜSSELDORF**

Opferhilfe ist dagegen nicht mehr Aufgabe der Polizei. Dafür steht ein strukturiertes Netzwerk zur Verfügung, das von Traumaambulanzen bei den Landschaftsverbänden über die psychosoziale Prozessbegleitung bis zum Langantrag auf Entschädigung reicht (s. auch Seite 14).

NARBEN AUF DER SEELE

Ein Missbrauchsfall ist Daniela Kummer besonders in Erinnerung geblieben. Tatort: eine beschauliche Siedlung, in der sich Nachbarskinder wie selbstverständlich nachmittags mal in der einen, mal in einer anderen Wohnung zum Spielen trafen. Was niemand vermutet hätte: Einer der Väter nutzte die vertraute Situation aus und missbrauchte mehrere Kinder aus der Gruppe. „Für die Eltern war die Erkenntnis kaum zu ertragen, dass sie ihre Kinder unwissentlich einem Täter anvertraut hatten“, sagt Daniela Kummer. In solchen Fällen wird die ganze Familie zum Opfer, ist Hilfe oft noch Jahre später nötig, weil alte Narben aufbrechen. „Ich bin keine Psychologin, aber ich vermittle an die richtigen Stellen.“
Stark zugenommen haben Stalking-Fälle. Ein Thema für den Opferschutz, weil die Wiederholungsgefahr hoch ist. Daniela Kummer schildert einen Fall: Eine Frau stellt einer anderen nach. Immer wieder, ohne Grund, die Personen kennen sich nicht einmal. Aber trotz Anzeige und einer Anordnung nach dem Gewaltschutzgesetz endete die Nachstellung nicht. „Stalking mag harmlos klingen“, sagt Daniela Kummer, „aber es bedeutet für viele Betroffenen dauerhafte Angst, Schlafstörungen, den Verlust von Lebensqualität und häufig massive Einschränkungen im Alltag.“ Betroffenen rät sie, dem Stalker oder der Stalkerin unmissverständlich mitzuteilen, dass keinerlei Kontakt gewünscht ist. Wichtig ist außerdem, Vorfälle konsequent zu dokumentieren und anzuzeigen. „Wir müssen natürlich Kenntnis haben. Es muss eine Strafanzeige vorliegen, und daneben gibt es die Möglichkeit, über das Gewaltschutzgesetz am Familiengericht ein Annäherungsverbot durchzusetzen“, ergänzt Beatrix Kurth. Die Information über solche Wege ist wichtig, damit Betroffene nicht die Hoffnung auf Hilfe oder gar den Glauben ans System verlieren. Beatrix Kurth: „Es ist von zentraler Bedeutung, dass wir auf allen Stufen das Gefühl vermitteln: Die Opfer sind nicht allein.“ **STEFAN PROTT**



WEISSER RING e.V.

Der gemeinnützige Verein unterstützt Kriminalitätsopfer mit bundesweit 3.000 Ehrenamtlichen sowie 400 Außenstellen durch schnelle, direkte Hilfe und engagiert sich für Prävention.
Opfer-Telefon: 116 006 (7 Tage, 7 – 22 Uhr)
www.weisser-ring.de

„Wir sind Lotsen in einem Netzwerk der Hilfe für Opfer“

Opferschutz ist nicht allein Aufgabe der Polizei. Die Opferbeauftragte NRW vernetzt, sensibilisiert und übernimmt das Krisenmanagement in Großlagen.

Seit April 2026 ist Dagmar Schulze-Lange neue Opferbeauftragte des Landes NRW. Die erfahrene Familienrichterin war nach Stationen an verschiedenen Amtsgerichten, dem Oberlandesgericht Hamm und dem Landgericht Dortmund über 13 Jahre Präsidentin des Landgerichts Siegen. Staatsanwältin Barbara Behrendt ist spezialisiert auf Sexualdelikte und seit 2023 im Team der Opferbeauftragten.



Opferschutz erfährt in NRW seit Jahren besondere Aufmerksamkeit – unter anderem durch die Installation einer Opferbeauftragten bereits im Jahr 2017 und hat auch Niederschlag gefunden in einem Erlass für polizeilichen Opferschutz aus 2019. Welche Gedanken stehen dahinter?

Dagmar Schulze-Lange: Besonders nach dem terroristischen Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz sind schrittweise Ansprechstellen in den einzelnen Bundesländern geschaffen worden – und NRW war einer der Vorreiter. Wir haben erkannt, dass es nicht richtig ist, den Blick nur auf die Täter zu richten und dass die Betroffenen einen Ansprechpartner benötigen.

Sie sind formal im Justizministerium angesiedelt, dort aber weisungsunabhängig tätig. Wie verstehen Sie Ihre Rolle und was sind Ihre wichtigsten Aufgaben?

Schulze-Lange: Mit einem Team von sieben Köpfen sind wir zentrale Anlaufstelle für Menschen, die selbst oder deren Angehörige Opfer von Straf- oder Gewalttaten geworden sind. Wir „lotsen“ Betroffene in spezialisierte, wohnortnahe Hilfseinrichtungen, koordinieren die Kooperation zwischen Opferhilfeeinrichtungen und steuern bei Großschadensereignissen das psychosoziale Krisenmanagement des Landes. Bei Großschadenslagen werden wir auch sehr schnell proaktiv tätig. Wir können innerhalb weniger Stunden nach einem Anschlag eine Hotline freischalten lassen, um die psychosoziale Betreuung der Opfer 24/7 sicherzustellen.

Der sensible Umgang mit Opfern ist enorm wichtig. Wir versuchen zu vermitteln, dass hinter jeder Akte ein Mensch steht.

DAGMAR SCHULZE-LANGE, OPFERBEAUFTRAGTE DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

Die Aufklärung über Opferrechte ist wichtig. Was gehört dazu?
Schulze-Lange: Etwa das Recht auf psychosoziale Prozessbegleitung, das jetzt erweitert werden soll. Opfer von schweren Gewalttaten erhalten eine fundierte Erstbetreuung in den Traumaambulanzen der Landschaftsverbände im Rahmen der „schnellen Hilfen“ nach SGB XVI. Verletzte haben das Recht, sich bei bestimmten Straftaten als Nebenkläger dem Strafverfahren anzuschließen und ihre eigenen Interessen zu verfolgen. Das kann dazu beitragen, über den Ablauf von Strafverfahren besser informiert zu sein.

> *Wir würden niemanden ablehnen, der Hilfe sucht.*
>
> **BARBARA BEHRENDT, STAATSANWÄLTIN IM TEAM DER OPFERBEAUFTRAGTEN**

Wie machen Sie Ihre Angebote bekannt?
Schulze-Lange: Wir nutzen jede Gelegenheit, ob mit Flyern oder auf Veranstaltungen. Aber niemand beschäftigt sich präventiv mit dem Opferschutz. Deshalb ist es so wichtig, dass die Polizei diese Aufgabe beim Erstkontakt übernimmt.
Barbara Behrendt: Außerdem betreiben wir zusammen mit dem MHKBD (Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung) das Opferschutzportal NRW, auf dem Hilfsangebote für alle möglichen Straftaten und viele Notrufnummern zu finden sind, natürlich auch unsere Hotline. Wichtig: Das Portal ist als Tarn-App ausgelegt, so dass es auf dem Handy nicht direkt erkennbar ist. Das gibt z. B. von häuslicher Gewalt Betroffenen Sicherheit, damit sie sich informieren können, ohne dass dies im Verlauf für Dritte sichtbar wäre.

Der polizeiliche Opferschutz vermittelt Unterstützungsangebote, endet aber mit dem Ermittlungsabschluss. Reicht das, und wie gut sind die Angebote vernetzt?
Behrendt: Unser Angebot ist zeitlich unbegrenzt. Aber auch der polizeiliche Opferschutz kann nach Jahrzehnten wieder in Kraft treten. Etwa, wenn es nach schweren Straftaten wie Vergewaltigung oder Missbrauch zu einer Haftentlassung, Haftlockerungen oder -urlaub kommt. Darüber können sich Opfer informieren, indem sie einen dahingehenden Antrag stellen. Dann kann letztlich die Polizei tätig werden, um das Opfer zu benachrichtigen und so vor dem Risiko einer Wiederholungstat oder Vergeltung zu schützen.

Werden Sie auch bei Unfallopfern tätig?
Behrendt: Wir würden niemanden ablehnen, der Hilfe sucht! Und natürlich kann auch bei Verkehrsunfällen eine Straftat vorliegen, so dass wir zuständig sind.

Welche Möglichkeiten der Entschädigung gibt es?
Schulze-Lange: Das ist im sozialen Entschädigungsrecht SGB XIV geregelt, das vormals – meines Erachtens eigentlich zutreffender – Opferentschädigungsgesetz hieß. Das Spektrum reicht von kleinen Hilfen wie z.B. Überführungskosten bis hin zu lebenslangen Renten. Auch Heilbehandlungskosten für Traumaambulanzen werden bezahlt, weil diese oft nicht von den Krankenkassen übernommen werden. Das ist von großer Bedeutung für die Opfer. Für unbürokratische Hilfe nach erlittenem Leid gibt es die Stiftung Opferschutz, die mit relativ einfach zu beantragenden Beträgen bis zu maximal 10.000 Euro in Notlagen unterstützt.



Die Zweite Viktimisierung kann für Opfer von Straftaten sehr belastend sein, bis hin zur Täter-Opfer-Umkehr.
Behrendt: Der sensible Umgang mit der Opferperspektive ist enorm wichtig für alle Beteiligten: Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichte. Auch den Medien kommt dabei eine große Aufgabe zu. Junge Staatsanwälte und Richter müssen lernen, so zu vernehmen, dass Kinder, ältere Menschen und andere vulnerable Gruppen das notwendige Einfühlungsvermögen bei der Vernehmung erfahren.

Wie zufrieden sind Sie mit dem Stand des Opferschutzes?
Schulze-Lange: Wir sind schon recht gut aufgestellt. Leider kommt es aber immer wieder vor, dass sich Betroffene nicht gesehen fühlen. Manche empfinden sich dann im Strafverfahren wie ein Objekt. Wir versuchen immer zu vermitteln, dass hinter jeder Akte ein Mensch steht.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE STEFAN PROTT.

Foto: André Chrost

LICHT IM DUNKELFELD

Opfer von Kriminalität zeigen Taten oft nicht an, teils aus Scham. Dies ist ein Ergebnis der nun vorliegenden zweiten Erhebung der Studie „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland“ (SKiD 2024) in NRW.



Foto: Marco Stepniak

Gemeinsam organisierten Saskia Kretschmer und Alexander Wollinger das Symposium „Weitblick“, das sich mit vulnerablen Gruppen im Kontext von Kriminalität befasste.

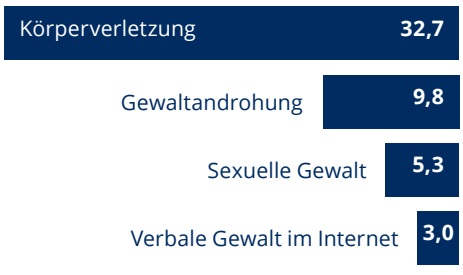
„Umfassende Erkenntnisse über die Kriminalitätslage sind die Voraussetzung für effektive Prävention und einen bürgerorientierten Opferschutz“, sagt Saskia Kretschmer, Mit-Autorin der SKiD-Studie über Sicherheit und Kriminalität in Deutschland. „Die Studie liefert hierfür eine fundierte Datenbasis.“ 35,2 Prozent der Befragten in Nordrhein-Westfalen gaben an, im Referenzjahr 2023 mindestens einmal Opfer von Kriminalität ohne Gewalt geworden zu sein. Erfahrungen mit Gewaltkriminalität machten 22,1 Prozent der Befragten. Die häufigsten Delikte waren Beleidigung außerhalb des Internets (13,6 %), Sachbeschädigung an Kraftfahrzeugen (10,5 %) sowie Waren- und Dienstleistungsbetrug im Internet (8,3 %). Nur ein Bruchteil dieser Fälle findet sich in der polizeilichen Kriminalitätsstatistik, weil es nicht zur Anzeige kommt. Die repräsentative SKiD-Studie mit rund 40.000 Befragten allein in NRW sollte Licht in dieses Dunkelfeld bringen. Nun liegen die Ergebnisse der zweiten Erhebungswelle aus dem Jahr 2024 vor.

HOHE DUNKELZIFFERN

Von den 12.154 berichteten „Viktimisierungserfahrungen“ mit Kriminalität ohne Gewaltanwendung wurden demnach nur 33,7 %

ANZEIGENQUOTEN BEI GEWALTKRIMINALITÄT*

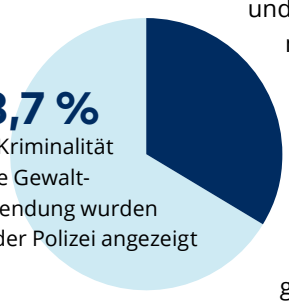




Saskia Kretschmer ist Soziologin bei der Kriminalistisch-Kriminologischen Forschungsstelle (KKF) des Landeskriminalamtes NRW. Dort ist die 32-Jährige unter anderem maßgeblich für die Begleitung und Auswertung der SKiD-Studie verantwortlich. Aktuell promoviert sie zu geschlechtsspezifischem Unsicherheitsgefühl im öffentlichen Raum. Zuvor war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Wuppertal.

Alexander Wollinger ist Polizeibeamter und studierter Kriminologe und seit acht Jahren an der Kriminalistisch-Kriminologischen Forschungsstelle (KKF) tätig. Dort arbeitete er am CERES-Projekt mit, wo er etwa Akten zu „Cybergrooming" analysierte. Zudem lehrt er als Dozent an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung (HSPV).

angezeigt, von denen mit Gewaltkriminalität sogar nur 7,4 %. Am seltensten zeigen Opfer Gewaltandrohung (2,2 %), Beleidigung (3,3 %) und sexuelle Belästigung (3,0 %) im Internet an. Selbst Opfer körperlicher sexueller Belästigung vertrauen sich nur in 5,3 %, von Vergewaltigung in 11,4 %, der Fälle der Polizei an. „Während Opfer in anderen Bereichen die Tat oft als nicht schwerwiegend genug für eine Anzeige einschätzen, bilden bei Sexualdelikten mangelndes Vertrauen in eine Verurteilung sowie Scham- und Schuldgefühle nach wie vor die größten Barrieren", erklärt Saskia Kretschmer. „Hier muss die Scham die Seite wechseln!", benennt die Mitarbeiterin der Kriminalistisch-Kriminologischen Forschungsstelle (KKF) eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Rolle des polizeilichen Opferschutzes sei etwa, mehr Transparenz zu schaffen: „Betroffene müssen wissen, was sie in einem Verfahren erwartet und welche Unterstützung ihnen zusteht." Genau hierüber fühlten sich Befragte teilweise schlecht informiert, so ein weiteres Studienergebnis, trotz grundsätzlich überwiegend positiver Bewertung der Polizei. Mangelnde Informationen über Hilfsangebote könnten ein Grund dafür sein, dass wenige Opfer professionelle Hilfe in Anspruch nehmen, selbst nach Delikten aus dem Bereich der Gewaltkriminalität (6 %) oder körperlicher sexueller Belästigung (0,5 %).
Zudem fanden einige, dass die Polizei zu wenig getan oder nicht schnell genug reagiert habe. Alexander Wollinger, KKF-Mitarbeiter und Polizeibeamter, mahnt an, die „Historie" von Gewaltbeziehungen ernst zu nehmen. „Schwere Taten wie Femizide haben oft eine Vorgeschichte. Wir antizipieren oft nicht, dass eine Situation morgen eskalieren kann, wenn wir nur das Einzelereignis betrachten", so Wollinger. Ein Austausch mit anderen Behörden oder Opferschutzorganisationen und ein systematisches Risikomanagement könnten hier teilweise Leben retten.



33,7 %
der Kriminalität ohne Gewaltanwendung wurden bei der Polizei angezeigt

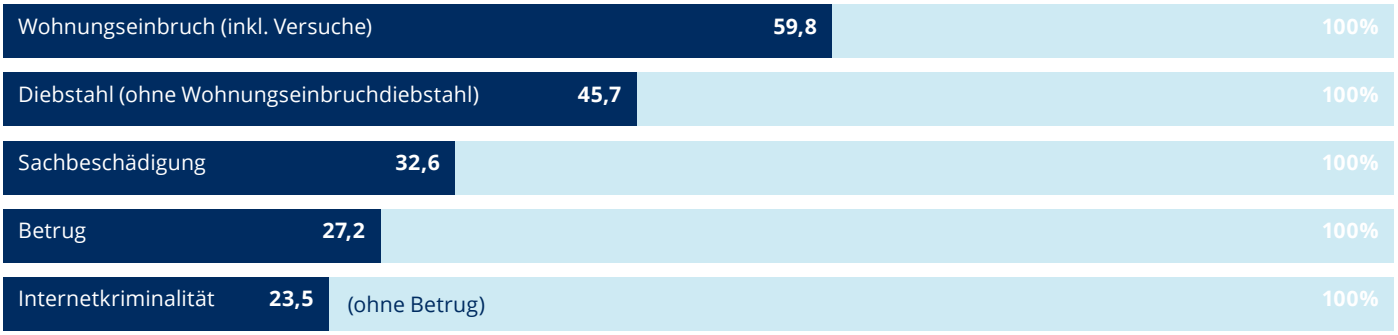
VULNERABLE GRUPPEN

Aus den Daten der Studie lassen sich auch besonders gefährdete, sogenannte vulnerable Gruppen identifizieren. So weisen junge Menschen zwischen 16 und 24 Jahren sowie Frauen bei Sexualdelikten und Gewalt in (Ex-)Partnerschaften signifikant erhöhte Viktimisierungsraten auf. Männer erleben dagegen öfter Eigentums-, Vermögens- und Internetkriminalität sowie Körperverletzungen, Drohungen und Beleidigungen. Während die Kriminalitätsbelastung mit dem Alter meist abnimmt, zeigt sich bei den über 85-Jährigen ein erneuter Anstieg bei Diebstahls- und Betrugsdelikten. Die Studienautoren führen dies auf höhere Beute- und geringere Gegenwehrerwartungen der Täter zurück. Die Studie wird auch in Zukunft als „Dunkelfeld-Monitor" dienen, um Strategien kontinuierlich an die Lebensrealität der Menschen in NRW anzupassen. Derzeit laufen die dritte Erhebung sowie die Vorbereitungen für eine vierte.

JÖRN-JAKOB SURKEMPER

KRIMINALITÄT OHNE GEWALTANWENDUNG*

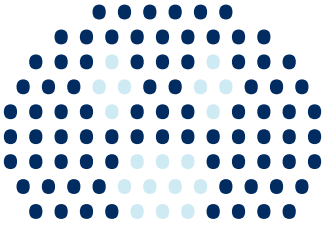
* Anzeigenquoten in Prozent



VERTRAUEN ALS TATWERKZEUG

CERES – „Cybergrooming: Erforschung von Risikofaktoren, Ermittlungspraxis und Schutzmaßnahmen“ – untersucht, wie Täter Kinder im Netz ansprechen, manipulieren und ausbeuten.

Donnerstagabend, kurz nach neun. Im Flur ist es still. Leonie liegt im Bett und das Tablet beleuchtet ihr Gesicht. Elf Jahre alt, Mathearbeit überstanden, Training hinter sich, morgen wieder Schule. Eigentlich ist Schluss mit Bildschirm, eigentlich ist Schlafenszeit. Aber zwischen Bettdecke und Kissen gibt es noch eine kleine zweite Welt: Roblox. Ein bisschen wie Minecraft, nur sozialer: Man baut, spielt Minigames und schreibt mit anderen. Die eigene Spielfigur lässt sich mit Skins verändern, also digitalen Outfits, Haaren oder Accessoires. Bezahlt werden sie mit der Spielgeldwährung Robux, die echtes Geld kostet. Da erscheint eine Nachricht: „Hey, wie geht’s? Spielst du auch gerade?“ Kein Satz, der alarmiert. Leonie antwortet. Erst geht es um die Schule, dann um Robux, um Skins, die sie sich mit elf nicht einfach kaufen kann. „Ach, das kenne ich“, plingt es im Chat. „Vielleicht kann ich dir helfen.“ Ein Versprechen, klein genug, um harmlos zu wirken, groß genug, um zu ziehen. Ein paar Nachrichten später klingt es wie Glück: „Bin gerade in Spendierlaune.“ Dann ein Vorschlag, der sich als Tausch verkleidet. Ein Foto gegen Robux. Erst nur eins.



72,1%

der Hauptverhandlungen endeten mit der Verurteilung des Angeklagten.

JENSEITS DES KLISCHEES

Diesen Graubereich zwischen Kinderzimmer und Strafakte untersucht CERES. Seit April 2023 erforschen BKA, Universität Münster, die Kriminologische Zentralstelle (KrimZ) und die Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle des LKA NRW Cybergrooming im Hell- und Dunkelfeld. Wer sind die Tatbegehenden? Wer ist betroffen? Wie laufen die Kontakte ab? Und was bedeutet das für Ermittlungen? Melanie Auf dem Berge, Polizeibeamtin und Kriminologin, und Alexander Wollinger, Polizeibeamter und Kriminologe, haben an der Aktenanalyse mitgearbeitet. 201 Fälle aus den Jahren 2019 und 2020 wurden systematisch ausgewertet. Die Ergebnisse rücken manches Klischee gerade. Cybergrooming ist oft nicht der ältere Mann, der im fleckigen Unterhemd vorm Monitor sitzt und sich als Kind ausgibt. „Das gibt es auch, aber es ist mit Abstand der seltenste Fall“, sagt Wollinger. Der Erstkontakt findet überwiegend online statt, meist über Messenger, Social Media oder Gaming-Plattformen wie Fortnite oder Roblox.

Die Tatbegehenden sind fast immer männlich, im Schnitt aber nicht alt, sondern 24,2 Jahre. Viele haben keine Vorstrafen. Die Betroffenen sind zumeist Mädchen und durchschnittlich knapp zwölf Jahre alt. In jedem zweiten Fall erzählen sie nicht freiwillig, was passiert ist – aus Scham, Angst vor Ärger, weiterwandernden Bildern oder Liebeskummer.

FRÜHER FRAGEN

Die Masche ist selten spektakulär, eher klebrig: Vertrauen aufbauen, zuhören, helfen, Komplimente machen. Auf dem Berge nennt es „ganz perfide Masche“: Kinder, die einsam sind, erleben plötzlich jemanden, der sich kümmert. Mal heißt diese Masche Freundschaft, nicht selten Liebe. „Der Chat ist der beste Ort für Tatnachweise“, so Auf dem Berge. Selbstlöschende Nachrichten, Plattformwechsel und kurze Speicherfristen erschweren die Arbeit. „Was geschrieben und verschickt wurde, entscheidet über Ermittlungsansätze und hilft, weitere Betroffene zu finden. Denn viele Täter schreiben nicht ein Kind an, sondern viele“, führt Wollinger fort. Gefährlich wird es, wenn aus digitalem Grooming ein Treffen wird. Das passiert nicht in der Mehrheit der Fälle, kommt es aber dazu, steigt das Risiko eines sexuellen Missbrauchs massiv. Was also tun? Nicht panisch das Internet zur Hölle erklären. „Online“ aber auch nicht als abstraktes Paralleluniversum ohne echte Folgen abtun. Kinder brauchen Erwachsene, denen sie sich anvertrauen können. Auf dem Berge sagt: „Das Schlimmste ist, wenn man sie damit allein lässt.“ Wollinger wird noch deutlicher: „Eltern dürfen sich nicht abwimmeln lassen und Medienkompetenz muss früher anfangen. Dort, wo man alle Kinder erreicht: in der Schule!“

KAROLINE JANKOWSKI

ZUM **PODCAST**

Fotos: André Chrost/ LKA NRW

Das Netz ist kein Nebenraum der Wirklichkeit. Was dort passiert, bleibt real.

KRIMINOLOGE
ALEXANDER WOLLINGER

TÄTERSTRATEGIEN (in %)



24,2

Der Gedanke an den gruseligen, alten Mann täuscht: Das Durchschnittsalter der Täter liegt bei 24,2 Jahren.





ZWISCHEN KICKER UND KORAN

Kontaktbeamter für interkulturelle und religiöse Angelegenheiten (KIA): Hinter der sperrigen Bezeichnung verbirgt sich ein spannender Aspekt von Polizeiarbeit. Im Kreis Mettmann engagiert sich Polizeikommissar Tarik Emir für diese Aufgabe.



Ein regnerischer Freitagnachmittag in Monheim am Rhein. Polizeikommissar Tarik Emir hat eine Verabredung mit der türkisch-islamischen Gemeinde der 40.000-Einwohner-Stadt. Im weißglänzenden Neubau der Osman Gazi Camii Moschee, der kurz vor der Fertigstellung steht, empfängt den Kontaktbeamten für interkulturelle und religiöse Angelegenheiten (KIA) eine kleine Abordnung des Moscheevereins. Während ein Kalligraph auf einem Baugerüst hoch oben in der Kuppel der Moschee mit Pinsel und Farbe die letzten kunstvollen Verzierungen anbringt, erwarten die Vorstände Ramazan Akçora und Hasan Basat zusammen mit Jugendvorstand Metin Variçioglu den Polizisten, der in seiner Uniform im Gebetsraum der Moschee zwar ein ungewöhnlicher, aber kein ungewohnter Anblick ist.

Denn man kennt sich. Tarik Emir hat direkt nach seinem „Amtsantritt“ bei der Kreispolizei Mettmann im Herbst 2025 den Kontakt zu allen 25 Moscheegemeinden im Kreis gesucht und sich als zukünftiger Ansprechpartner vorgestellt. Einen „Dienstweg“ gab es für ihn dabei nicht. „Ich kommuniziere eher intuitiv“, beschreibt der 37-Jährige seine Strategie. „Es geht um den Weg ins Herz.“ Den scheint er bei den Vertretern der Moschee bereits gefunden zu haben - Emir wird begrüßt wie ein Freund. Seine Aufgaben als KIA sind vielfältig und der persönliche Kontakt ist wichtig. Ein Schwerpunkt ist die Zusammenarbeit mit muslimischen Institutionen, grundsätzlich ist der junge Polizist jedoch eine Anlaufstelle für alle Religionen im Kreis. „Ich kümmere mich genauso um die jüdische Gemeinde oder diverse christliche Vereine. Und im japanischen Tempel in Düsseldorf war ich ebenfalls schon“, erläutert der Kommissar, der einen muslimischen Vater und eine katholische Mutter hat und sich selbst einen „Sinn für alles Spirituelle“ zuschreibt.

ECHTE MENSCHEN STATT EXCEL

Mit klassischer Polizeiarbeit hat Emir im Moment weniger zu tun, Einsatzberichte oder das Ausfüllen von Formularen spielen für ihn im Alltag nur eine untergeordnete Rolle. Das gefällt ihm. „Ich habe Betriebswirtschaft studiert, bevor ich zur Polizei ging. Nach der Ausbildung habe ich dann bei der Kripo mit Geldwäsche und Enkeltrick-Fällen zu tun gehabt. Da gab es viele Exceltabellen“, lacht Tarik bei dem Gedanken an sein berufliches Vorleben. In seiner Position als KIA zählen dagegen Engagement, die eigene Persönlichkeit und ein Gespür für das Gegenüber. Der Sinn des Ganzen? Wissen, was los ist, Ansprechpartner für die großen und kleinen Probleme des interkulturellen Zusammenlebens sein. Und als Frühwarnsystem dienen: „Terrorismusprävention ist eine Kernaufgabe des KIA“, betont er und beschreibt damit den sensibelsten Part seiner Arbeit. Der steht nicht jeden Tag im Vordergrund, ist aber immer mitgedacht, wenn er zum Beispiel in Schulen geht, um ab der achten Klasse über die ideologische Instrumentalisierung des Islam durch den Islamismus zu sprechen. „Die Jugendlichen sind oft erstaunlich unwissend bei diesem Thema, werden aber



Fotos: Volker Beushausen

Jenseits des Dienstwegs: Tarik Emir bringt Menschen zusammen, bevor Missverständnisse wachsen.



Vertrauter Ansprechpartner: Der KIA im Dialog mit Mitgliedern des Moscheevorstands.

zum Beispiel über Social Media regelmäßig damit konfrontiert. Darin liegt eine Gefahr“, weiß Emir. „Ich erkläre deshalb den Unterschied zwischen einer legitimen Religion und einer verblendeten politischen Ideologie, die andere Menschen herabwürdigt und zur Gewalt aufruft.“

Der Polizist weiß, wie geschickt die Radikalen gezielt Jugendliche ansprechen, die „in der Schwebe sind“, wie er es nennt - Einzelgänger-Kids, Sinnsucher aus schwierigen Verhältnissen, Jungen mit großen Problemen und kleinem Selbstbewusstsein. Sie sind anfällig für die Sirenengesänge aus dem Handy. „Ich versuche, den Schülerinnen und Schülern ein kritisches Bewusstsein zu vermitteln. Sie sollen die Dinge hinterfragen.“ Seine Hausaufgaben hat er gemacht: „Ich kenne inzwischen viele Suren. Wenn ein Schüler behauptet, der Koran verkünde die Ungleichheit von Mann und Frau, kann ich ihn konkret widerlegen.“

Emir weiß, wovon er spricht und das kommt gut an. Aus der geplanten Schulstunde wird dann oft eine XL-Variante. „Mir geht es um eine offene Diskussion, nicht um das Abhaken von PowerPoint-Folien. Ich habe auch schon vier Stunden mit Jugendlichen diskutiert.“

Erste Erfolge dieser intensiven Arbeit in Sachen Islam sind sichtbar, manchmal sogar ganz unerwartet.

> ***Er hebt die Barriere zwischen Polizei und Gemeinde auf. Wir fühlen uns durch ihn einfach näher an der Polizei.***
>
> **METIN VARIÇIOGLU, OSMAN GAZI CAMII MOSCHEE**

Als sich ein entkommener Straftäter in eine Moschee im Kreis flüchtete, kontaktierte die Leitstelle den KIA und bat um Amtshilfe der besonderen Art für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort: Ein Anruf von Emir bei der Moscheegemeinde ermöglichte den unkomplizierten Zugriff auf den Täter. In mehreren Fällen konnte der 37-Jährige zudem das Abgleiten von Jugendlichen in den Extremismus verhindern, deren Eltern oder Freunde sich bei ihm meldeten, weil die Betroffenen sich spürbar veränderten. Der KIA vermittelte den Kontakt zu Institutionen wie dem Präventionsprogramm „Wegweiser – Stark ohne islamistischen Extremismus“, das den Einstieg junger Menschen in den Islamismus verhindern will und flächendeckend in NRW vertreten ist.

In Monheim hat man in der türkisch-islamischen Gemeinde das Angebot des KIA zum Dialog gerne angenommen. „Wir haben schnell gemerkt: Er versteht, wie die Menschen denken“, sagt Jugendvorstand Metin Variçioglu. Die Gemeinde hat rund 700 Mitglieder und will mit der neuen Moschee ein religiöser, kultureller und sozialer Anlaufpunkt im Berliner Viertel von Monheim werden. Die Gegend im Süden der Stadt ist aus polizeilicher Sicht nicht unproblematisch. Fast jede Woche erscheint das Viertel in den Pressemeldungen. Mal brennen nur



Einsatz mit der ganzen Persönlichkeit: Präsenz und Kommunikation stehen an erster Stelle.

Mülltonnen, es fielen aber auch schon Schüsse. Umso wichtiger ist es für die Osman Gazi-Gemeinde, mit Tarik Emir auf der Seite der Polizei einen Mann zu haben, der im Stadtteil gut vernetzt ist. Man zieht schließlich am selben Strang in Sachen friedliches Zusammenleben. „Er hebt die Barriere auf zwischen der Polizei und der Gemeinde“, hat Metin Variçioglu festgestellt. „Wir fühlen uns durch ihn einfach näher dran an der Polizei.“

MENSCHEN ZUSAMMENBRINGEN

Barrieren wegräumen, Brücken bauen, das geht nicht mit Autorität. Deshalb sucht Emir den Austausch auf seine ganz eigene Art; egal, ob er in Uniform vor einer Klasse steht oder in T-Shirt und Jeans in einem Jugendclub mit den Kids abhängt. „Ich bin erst einmal ein Mensch und will auch so wahrgenommen werden. Nach einer Runde am Kicker werde ich mitunter gefragt, wer ich bin. Dann sage ich: Ich bin Bulle.“
Die abwertende Bezeichnung für seinen Beruf übernehmen? Tarik Emir hat damit kein Problem, denn sie ist für ihn Teil einer Lebenswirklichkeit, mit der er täglich zu tun hat. Im besten Fall führt der Weg dann vom Kicker zur Kommunikation - Ziel erreicht.
Diese Kommunikation richtet sich nicht nur nach außen. Der Kontaktbeamte schafft genauso nach innen Kontaktflächen. Er klärt auf, schiebt im polizeilichen Dienstunterricht Diskussionen an.
So vermittelt er auf den Wachen die Themen muslimisches Leben, Islamismus und Interkulturalität mit dem Ziel, die Dienststellen fachlich zu unterstützen und eventuell vorhandene Vorurteile abzubauen. Wissen und Verständnis fördern am Ende die Handlungssicherheit der Einsatzkräfte im dienstlichen Alltag und sind zugleich Elemente zur Festigung der demokratischen Resilienz.
Zurück nach Monheim: Von der Moschee geht es für Tarik Emir mit dem Gemeindevorstand direkt auf in die Innenstadt. Es ist Stadtfest, und der Moscheeverein hat in der Fußgängerzone einen eigenen Stand mit kulinarischen Spezialitäten. Der Polizist nutzt den Ort und die Gelegenheit. Er ist mittendrin und überall, plaudert mit den Gästen und Organisatoren, beantwortet Fragen oder macht Termine aus:
Tarik Emir ist in seinem Element. Auf der Bierbank am Imbissstand spricht er besonders lange mit einer kleinen, Kopftuch tragenden Frau. Derya Kaya-Erguel setzt sich als Mitglied im Monheimer Integrationsrat für die Belange der Menschen mit migrantischem Hintergrund ein. Für die Tochter türkischer Einwanderer ist die Einrichtung des KIA ein positives Zeichen: „So eine Institution ist für uns ein Signal: Wir werden gesehen. Das tut gut.“
Sehen und gesehen werden - vielleicht ist das die wichtigste Aufgabe für Tarik Emir. Im Kontakt mit den Religionen und Kulturen ist er Botschafter, Präventionsbeauftragter, Übersetzer und Sozialarbeiter zugleich. Bei der Polizei nennt man sein Vorgehen „vor die Lage kommen“, und so beschreibt auch der KIA sein Selbstverständnis: „Ich will nicht erst kommen, wenn es zu spät ist.“

CARSTEN SOBEK

ZUR **BILDER-GALERIE**

ARZT AUF ABRUF

Per Telemedizin direkt in den Rettungswagen



Schwarze Zacken laufen über den Bildschirm. Gleichmäßig, ohne auffällige Ausschläge. Der Patient liegt still auf der Liege, während die Elektroden auf seiner Brust jede elektrische Regung seines Herzens erfassen. Neben ihm flimmert ein weiterer Bildschirm. Dort ist Dr. Thomas Schleuß zugeschaltet. Konzentriert verfolgt der Mediziner die Kurven, prüft die Werte und wirft einen Blick auf die Vitaldaten. Für einige Sekunden herrscht Stille. Dann nickt er. „Alles gut so weit“, sagt er. „Das EKG ist unauffällig.“ Die Anspannung im Raum löst sich. Der Arzt gibt den Einsatz via Telemedizin frei. Der Beamte der Bereitschaftspolizei kann seinen Dienst ohne Bedenken fortsetzen. Im August 2025 wurden vier voll einsatzfähige Rettungsfahrzeuge (RTW) in den Dienst des Polizeiärztlichen Dienstes NRW (PÄD) gestellt. Die Fahrzeuge wurden ein Jahr zuvor vom Bund als Krankentransportwagen (KTW) übergeben und anschließend mit Landesmitteln zu voll einsatzfähigen Rettungswagen umgebaut. Die Fahrzeuge sind exakt auf die Bedürfnisse des Polizeiärztlichen Dienstes zugeschnitten: Stauraum für polizeiliche Schutzausstattung, ein einsatzorientiertes Packschema für den schnellen Zugriff auf Material zur Versorgung kritischer Blutungen sowie Allradantrieb für Vorankommen auch unter schwierigen Einsatz-

Fotos: Marco Stepniak













Zur Ausstattung des RTW gehören ein EKG-Monitor mit Defibrillator zur Überwachung der Vitalparameter (oben rechts) sowie ein Beatmungs- und Absauggerät (unten rechts), ein Medikamentenfach mit Ampullen und Verbrauchsmaterialien wie Spritzen und Aufziehkanülen (oben links). Das Fahrzeug verfügt sogar über einen Tresor für Polizeiwaffen (unten links) und Stauraum für polizeiliche Schutzausstattung (Mitte).







Fotos: Marco Stepniak

Die RTW des Polizeiärztlichen Dienstes NRW sind ausgerüstet für die gesamte Notfallmedizin, der Schwerpunkt liegt aber auf der Versorgung von traumatologischen Verletzungen.

bedingungen. Über die Standardausstattung hinaus verfügen die Fahrzeuge über ein Infusionswärmesystem zur Vermeidung einer Auskühlung von Traumapatienten sowie über ein Beatmungssystem, das einen autarken Betrieb von bis zu 7,5 Stunden ermöglicht. Anders als bei Rettungswagen der kommunalen Rettungsdienste liegt der Schwerpunkt nicht auf internistischen Notfällen, sondern auf traumatologische Verletzungen. Dazu zählen die Behandlung von Blutungen, komplexen Wunden und Knochenbrüchen bis zu kritischen Verletzungen innerer Organe. Viel häufiger kümmert sich der Polizeiärztliche Dienst im Einsatzraum aber um leichte Alltags-Erkrankungen und Verletzungen und fungiert dabei als mitfahrende Hausarztpraxis. „Unser Fokus liegt auf einer schnellen medizinischen Versorgung im Einsatzalltag und unterscheidet sich deutlich vom kommunalen Rettungsdienst“, erläutert Dr. Thomas Schleuß, Dezernatsleiter beim LAFP. Bei Demonstrationen, Fußballspielen und anderen Einsätzen der Bereitschaftspolizei, bei denen die RTW u. a. als Einsatzbegleitung zum Einsatz kommen, geht es oft auch darum, die Dienstfähigkeit zu beurteilen und über die weitere Behandlung zu entscheiden. „Sollten Nicht-Polizeiangehörige verletzt werden und der kommunale Rettungsdienst nicht schnell genug vor Ort sein, übernehmen wir die Erstversorgung vor Ort. Damit wir dies tun können, sind die Fahrzeuge vorsorglich vollständig nach DIN EN 1789 Typ C für RTW ausgestattet, die für solche Zwecke verpflichtend ist“, so Dr. Schleuß.

Beim PÄD NRW im Einsatz sind
40
Notfallsanitäter sowie etwa
25
Notärzte.

ARZT PER KNOPFDRUCK IN DEN RTW HOLEN

RTW als Einsatzbegleitung sind keine Seltenheit. Die Abklärung eines EKGs mit Ärztinnen und Ärzten, die möglicherweise hunderte Kilometer entfernt am Laptop sitzen, hingegen schon. Möglich macht das eine hochmoderne Telemedizinausstattung, über die bisher einer der vier neuen RTW verfügt. Der Ablauf ist einfach: Drückt die Notfallsanitäterin oder der Notfallsanitäter den entsprechenden Knopf im Fahrzeug, klingelt der Laptop der Telepolizeiärztin oder des Telepolizeiarztes. Nach wenigen Sekunden ist die Ärztin oder der Arzt via fernsteuerbare Dome-Kamera praktisch mitten im Fahrzeug. Sie können Vitalwerte, EKGs und weitere Patientendaten in Echtzeit einsehen und beurteilen.



Mit hochmoderner Telemedizinausstattung können Ärztinnen und Ärzte aus der Ferne Vitalwerte, EKGs und weitere Patientendaten einsehen und beurteilen, wie hier Dr. Thomas Schleuß.

> ***Sollten Nicht-Polizeiangehörige verletzt werden und der kommunale Rettungsdienst nicht schnell genug vor Ort sein, übernehmen wir die Erstversorgung vor Ort.***
>
> **DR. THOMAS SCHLEUSS, DEZERNATSLEITER BEIM LAFP**

Insgesamt drei Telepolizeiärzte sind seit dem Start des Pilotprojektes 2025 im Einsatz, darunter Dr. Thomas Schleuß. „Das System funktioniert gut, hat aber noch ein paar kleine Schwächen. So stößt die Datenübertragung beispielsweise bei Fußballspielen mit Zehntausenden Fans auch mal an ihre Grenzen, wenn die Mobilfunknetze stark ausgelastet sind." Bis diese und weitere Feinheiten optimiert sind, läuft die Telemedizin noch als Pilotprojekt. Die Erfahrungen aus dem Einsatzalltag sollen dabei helfen, die Technik weiterzuentwickeln, bevor sie in den weiteren Fahrzeugen eingeführt wird. Bei der Datensicherheit macht Dr. Thomas Schleuß keine Kompromisse. Die Übertragung von EKGs, Vitalwerten und anderen medizinischen Informationen erfolgt ausschließlich über das geschützte Polizeinetz.

TELEMEDIZIN ALS TEIL EINES GESAMTKONZEPTS

Die Professionalisierung des PÄD geht weit über den RTW mit Telemedizin hinaus. In den vergangenen Jahren wurde die Qualifizierung des Personals kontinuierlich ausgebaut. Heute verfügt der PÄD NRW über rund 40 Notfallsanitäterinnen und -sanitäter sowie etwa 25 Notärztinnen und -ärzte. Gleichzeitig stiegen die Qualifikationsanforderungen: Die Einsätze werden flächendeckend von Notfallsanitäterinnen und -sanitätern mit dreijähriger Ausbildung begleitet. Aufgrund dieser hohen fachlichen Qualifikation entstand auch der Bedarf nach vollständig ausgestatteten Rettungswagen. Die neuen RTW sind damit sichtbarer Ausdruck der fortschreitenden Professionalisierung.
Ein Mittel gegen Pollenallergie, zwei Paracetamol. Das war ein guter Einsatz: keine Komplikation, keine Verletzten. Zufrieden schließt Dr. Thomas Schleuß den Laptop.

TATJANA HETFELD

MEHR IM WEB



HOCHSCHULE IST EIN STÄNDIGER LERNPROZESS

Die HSPV NRW wird dieses Jahr 50 Jahre alt. Was als reiner Verwaltungslehrbetrieb begann, ist mittlerweile die größte Verwaltungshochschule Europas.

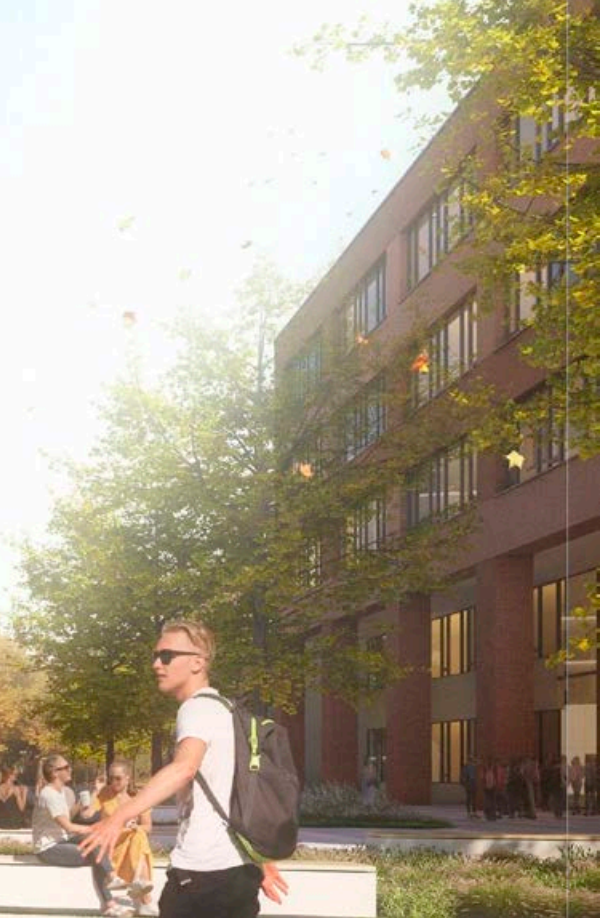
Fast jeder Polizeibeamte in Nordrhein-Westfalen hat sie besucht: die Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung, kurz HSPV NRW. Wer den Beruf ergreifen möchte, erhält eine praktische Ausbildung in den Polizeibehörden und am Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP), ergänzt durch ein begleitendes Studium. Seit 50 Jahren sorgt die HSPV NRW dafür, dass Staats- und Eingriffsrecht, Kriminologie und Kriminalistik, aber auch Soziologie, Ethik und das Training sozialer Kompetenzen ein integraler Bestandteil in der Ausbildung der Kommissar-Anwärterinnen und -anwärter sind. 1976 startete die Ausbildung an elf Studienorten und in der Zentrale in Gelsenkirchen. Erstmals unter einem gemeinsamen Dach wurden 950 Nachwuchskräfte der Polizei, der kommunalen und staatlichen Verwaltung sowie der Rentenversicherung im gehobenen Dienst unterrichtet, damals unter dem Namen „Fachhochschule für öffentliche Verwaltung“ (FHöV). Während in anderen Bundesländern eigene Polizeihochschulen für die Ausbildung zukünftiger Einsatzkräfte sorgten, entschied sich die Politik in NRW für einen anderen Weg. „Nach den Erfahrungen im Nationalsozialismus sollte die Polizei in zivile Strukturen eingebunden werden“, erklärt Dr. Dieprand von Richthofen, ab 1981 Nachfolger von Prof. Dr. Ernst Papperman, dem ersten Leiter der HSPV. 25 Jahre blieb von Richthofen an der Spitze der Einrichtung. Die Polizeiausbildung war viele Jahrzehnte stark militarisiert. Erst Mitte der siebziger Jahre rückte der zivile Charakter der Ausbildung in den Vordergrund.



Dr. Dieprand von Richthofen 1981–2006 Leiter der HSPV

Das nahm auch Reinhard Gerlach wahr: Er gehörte 1976 zu den ersten Kriminalkommissaranwärtern, die direkt nach dem Abitur an der FHöV am Studienort Bielefeld studierten. „Es fühlte sich fast wie Schule an“, erinnert er sich. „Dadurch entstand ein sehr gutes Verhältnis zwischen Studierenden und Lehrenden.“

Die „Verschulung“ fiel auch Dieprand von Richthofen auf. Von einer „richtigen“ Hochschule war die FHöV allerdings noch weit entfernt, und so beklagten sowohl Studierende als auch Lehrende die fehlende Autonomie und Lehrfreiheit. Dies änderte sich mit der Studienreform 1984. Nun kamen sozialwissenschaftliche Disziplinen wie Ethik oder Verhaltenstraining hinzu. Außerdem wurde ein teilweise gemeinsamer Studienverlauf zwischen den Fachbereichen mit gemeinsamen Projekten, Seminaren



14.440 Studierende, davon ca. **8.250** im PVD

400 hauptamtlich Lehrende, davon **192** im Fachbereich Polizei (**93** Polizeibeamte)

1.200 Lehrbeauftragte, ca. **300** Verwaltungsmitarbeitende



9 **Studienorte**: Aachen, Bielefeld, Dortmund, Duisburg, Gelsenkirchen, Hagen, Herne, Köln, Münster (ab 2027 sechs Studienorte: Aachen, Bielefeld, Duisburg, Herne, Köln, Münster)

2 **Fachbereiche**: Allgemeine Verwaltung/Rentenversicherung (AV/R) und Polizei

6 **Bachelor-Studiengänge**: Polizeivollzugsdienst (PVD), Kommunaler Verwaltungsdienst (KVD), Staatlicher Verwaltungsdienst (SVD), Rentenversicherung (RV), Verwaltungsbetriebswirtschaftslehre (VBWL), Verwaltungsinformatik (VINF)

2 **Masterstudiengänge**: Master of Public Management (MPM), Human Resource Management (Kooperation mit der Ruhr-Universität Bochum)

und Exkursionen konzipiert. Auch diese Neuerung war von Richthofen sehr wichtig. „Die Polizei sollte nicht im eigenen Saft schmoren – nicht in der Ausbildung und nicht in der Praxis." Reinhard Gerlach bemerkte den Unterschied bereits während seiner Ausbildung. „Es hat beiden Seiten gutgetan. Wir brachten einen neuen Geist in die Behörde und profitierten von den Erfahrungen der Kollegen", erinnert er sich. Insbesondere im „Deutschen Herbst", der angespannten Zeit des RAF-Terrorismus, war dies ein Vorteil.

1991 kam es zu einer grundsätzlichen Änderung in der polizeilichen Laufbahn. Ausgangspunkt war ein Gutachten im Auftrag des NRW-Innenministeriums, das die Aufgaben der Polizistinnen und Polizisten analysierte und zu dem Ergebnis kam, die weitreichenden Kompetenzen rechtfertigten generell die Einstufung in den gehobenen Beamtendienst. In Folge lief die mittlere Polizeilaufbahn in Nordrhein-Westfalen aus und alle neu eingestellten Polizistinnen und Polizisten wurden zu Kommissaranwärterinnen und -anwärtern – und studierten damit an der Hochschule. Aber war die FHöV das eigentlich, eine richtige Hochschule? Diese Frage blieb die ersten drei Jahrzehnte immer aktuell. Mit einer zweiten großen Studienreform 2005 wurde sie letztlich beantwortet: Hier wurde auch der Grundstein für die Umstellung vom Diplom- auf den Bachelor-Abschluss gelegt und eine deutliche Annäherung an die übrigen Hochschulen im Land ermöglicht. Für Dieprand von Richthofen eine Art „zweiter Geburtstag" der FHöV. „Hochschule ist ein ständiger Lernprozess", fasst er die nötigen, kontinuierlichen Veränderungen über die vergangenen 50 Jahre zusammen.



Reinhard Gerlach
HSPV-Student der ersten Stunde

Der Wandel hört auch heute nicht auf. Seit 2020 heißt die FHöV offiziell „Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung" und betont damit die Polizeiausbildung explizit im Namen. Die nächste große Veränderung steht 2027 an: Dann werden die Studienorte Gelsenkirchen (s. oben rechts, Standort Wanner Straße), Herne, Dortmund und Hagen sowie die Zentralverwaltung an einem neuen Zentralcampus in Herne (s. Bild oben links) zusammengefasst. Er wird der Hochschule nach 50 Jahren ein neues Gesicht geben. Das Fundament wird sie bleiben, um die Nachwuchskräfte in Polizei und Verwaltung auszubilden. Das wünscht sich auch Reinhard Gerlach: „Ich hoffe, die HSPV wird immer auf der Höhe der Zeit bleiben und danach den Ausbildungsplan gestalten, damit es weiter gut ausgebildete Menschen im öffentlichen Dienst gibt." **THOMAS REKENDT**

Visualisierung: Auer Weber, Fotos: HSPV NRW, DBK, Thomas Schmidkte

SPOT ON US

Wenn Polizeiarbeit eins nicht ist, dann langweilig. Ob skurrile Verfolgungsjagden, spektakuläre Funde, bewegende Begegnungen oder herausragende Erfolge: Hier zeigen wir die Momente, die euren und unseren Alltag so einzigartig machen.

RETTUNG AUS DEM RHEIN



Das Foto zeigt die dramatischen Minuten, in denen Einsatzkräfte um das Leben eines Mannes in DÜSSELDORF kämpften. Zum ersten Mal haben die Wasserschutzpolizei Düsseldorf und die Polizei Duisburg ein reales Bild einer Rettungssituation am Rhein veröffentlicht, wenn auch teilweise unkenntlich gemacht. Die Botschaft sollte klar sein: Auf keinen Fall im Rhein schwimmen oder stehen!



HEIMSPIEL FÜR DIE ZUKUNFT

Polizei ist mehr als Blaulicht und Streifenwagen. Wie sieht der Alltag aus, welche Karrierewege gibt es und wer steckt hinter der Uniform? Die Polizei KÖLN beantwortete diese Fragen mit der Berufsmesse INSIDE im Polizeipräsidium Köln und setzte damit neue Wege der Personalwerbung. Unter dem Motto „Unsere Mission Deine Zukunft“ gestalteten 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des PP Köln ein Programm mit Einblicken in die Arbeitsbereiche. Im Fokus stand der persönliche Dialog mit Interessierten. Fachleute informierten über Aufgaben, Karrierewege sowie Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten. Zudem wurde ein Schülerpraktikum verlost. Auch Technik spielte eine Rolle: Einsatzfahrzeuge wie ein Wasserwerfer konnten besichtigt werden. Diensthunde und weitere Spezialisierte zeigten praxisnah die Vielfalt und Anforderungen der Polizeiarbeit. Die Resonanz war sehr gut: rund 750 Interessierte besuchten das Präsidium auf der „Schäl Sick“.



MIT RESPEKT, OFFENHEIT UND AKZEPTANZ

Die Kreispolizeibehörde GÜTERSLOH tritt der RESPECT! Kampagne der Landesfachstelle blick* bei und zeigt sich damit nach außen und innen als offener Ort, an dem queere Menschen willkommen sind und sich sicher fühlen können. Mit dem bunten Aufkleber mit dem Wort „RESPECT“ soll für mehr Sichtbarkeit für lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Personen im ländlichen Raum gesorgt werden. Damit setzt die Polizei Gütersloh ein sichtbares Zeichen, dass Menschen mit Respekt, Offenheit und Akzeptanz empfangen werden. Personen, die queerfeindliche Gewalt erleben, sollen ermutigt werden, Strafanzeigen zu stellen.

GEZWITSCHER IM EINSATZSTIEFEL

Einsatzstiefel sollen vor allem eins sein: zweckmäßig und bequem. Das fand auch ein Rotkehlchen, das sich ungefragt bei der Polizei BOCHUM einquartierte. Im Umkleideraum der Wache Langendreer richtete sich der zwitschernde Eindringling zwecks Nestbau häuslich ein - ausgerechnet in einem Einsatzstiefel. Das dienstlich gelieferte Schuhwerk war für die werdende Mutter offenbar ein idealer Platz für die Nachwuchspflege, denn kurz darauf lagen in dem ungewöhnlichen Vogelhaus sogar sieben Eier. Damit hatte der Stiefel erst einmal dienstfrei und das Team der Wache einen neuen Einsatzauftrag. Das Ziel: möglichst keine Störung von „Ossi“ - so wurde die brütende Vogeldame getauft. Die Bochumer Tierfreunde sperrten daher die Kinderstube der zukünftigen Fliegerstaffel weiträumig ab, um dem Nachwuchs die nötige Ruhe zu verschaffen. Inzwischen sind die kleinen Rotkehlchen alle geschlüpft und wohlauf.





WER HAT ISOLDE GESEHEN?

Ein Vermisstenfall aus dem Jahr 1973 beschäftigt aktuell die Cold-Case-Ermittlungsgruppe der Bonner Polizei: Am 20. Mai 1973 wurde die 13-jährige Isolde Becker auf der Maikirmes in WINDECK-DATTENFELD zuletzt gesehen. Jetzt bittet die Polizei um neue Hinweise. Tel.: 0228 15 0 oder E-Mail: KK11.Bonn@polizei.nrw.de

MEHR **IM WEB**

Fotos: Wasserschutzpolizei Düsseldorf, Polizei Köln, Polizei Bochum, KPB_Gütersloh, privat

WENN LEID UND GEWALT SPUREN HINTERLASSEN

Mentale Gesundheit ist bis 2027 das Schwerpunktthema im Behördlichen Gesundheitsmanagement. Beschäftigte, die durch den Arbeitsalltag psychisch gefordert sind, können auf Unterstützungsangebote zurückgreifen.

„Wir sind immer für andere da, da verliert man sich manchmal selbst aus den Augen. Es kostet Mut, sich externe Hilfe zu holen. Aber dieser Schritt zahlt sich aus.“ Das sagt ein Mitarbeiter aus dem Polizeidienst. Er hat wegen einer dienstlichen Erfahrung die Psychosoziale Unterstützung (PSU) der Polizei NRW in Anspruch genommen und möchte andere ermutigen, sich bei Bedarf ebenfalls Hilfe zu suchen. Die PSU ist eine von vier Säulen des Behördlichen Gesundheitsmanagements und Teil eines umfassenden Helfersystems bei der Polizei NRW. Im Zeitraum 2025 bis 2027 hat das Innenministerium das Schwerpunktthema mentale Gesundheit im Behördlichen Gesundheitsmanagement ausgerufen – mit dem Ziel, die zahlreichen vorhandenen Angebote bekannter zu machen und die Mitarbeitenden dafür zu sensibilisieren. „Wer gesellschaftliche Verantwortung trägt und regelmäßig mit Leid und Gewalt konfrontiert wird, braucht eine stabile mentale Gesundheit als Grundlage professionellen Handelns“, sagt Dipl.-Psych. Karin Herbers. Sie ist Leiterin der Zentralstelle Psychosoziale Unterstützung ZPSU und beobachtet mit ihrem Team, dass das Bewusstsein für mentale Gesundheit bei



Foto: Marco Stepniak



Karin Herbers ist Leiterin der Zentralstelle Psychosoziale Unterstützung mit Sitz in Münster.

der Polizei in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen ist. Dies sei auch Ausdruck eines gesellschaftlichen Wandels.

MIT LEID UND GEWALT KONFRONTIERT

Zu den häufigsten psychischen Belastungen im Polizeidienst zählen neben dem Schichtdienst oder dem hohen Bearbeitungsdruck vor allem die regelmäßige Konfrontation mit Leid und Gewalt. Dazu gehören beispielsweise Todesfälle oder sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen. Auch einzelne Einsätze wie Schusswaffengebrauch, Suizide oder Übergriffe gegen die eigene Person können die psychische Gesundheit belasten. „In dieser Konsequenz hat die Polizei NRW in den vergangenen Jahren ihre Hilfsangebote systematisch weiter ausgebaut und stellt Fachkräfte ein, die die Mitarbeitenden professionell begleiten können“, erklärt Elena Grimm, Psychotherapeutin bei der ZPSU. Karin Herbers betont: „Der Polizeiberuf macht nicht per se krank. Polizistinnen und Polizisten sind eine grundsätzlich sehr resiliente Berufsgruppe, werden im Bewerbungsprozess sorgfältig ausgewählt und umfassend ausgebildet. Selbst belastende Aufgaben werden von vielen als sinnstiftend erlebt – das ist eine wichtige Ressource.“

UMFASSENDES HELFERNETZWERK

Die ZPSU sowie die dazugehörigen Regionalstellen in Bielefeld, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Köln und Münster sind ein Team aus Psychologinnen, Psychologen sowie Psychotherapeutinnen und -therapeuten und bieten Polizeibeschäftigten vertrauliche Unterstützung an: von Einzel- und Gruppengesprächen über präventive Vorträge bis hin zu psychosozialen Nachbereitungen nach belastenden Einsätzen. „Wenn eine längerfristige therapeutische Unterstützung erforderlich ist, helfen wir bei der Suche nach einem Therapieplatz“, so Herbers. Daneben gibt es weitere Unterstützungssysteme bei der Polizei, darunter u.a. Stressbewältigungstrainings, das PSU-Team für Akutbetreuung nach herausragenden Einsatzerfahrungen, die Polizeiseelsorge, den Polizeiärztlichen Dienst, Soziale Ansprechpartner, Dienstunfalllotsen, das Behördliche Eingliederungsmanagement, die Führungskräfteberatung und die Alltagsreflexion. „All diese Bausteine sind in einem umfassenden Helfernetzwerk gebündelt“, sagt Grimm. Wer Unterstützung in Anspruch nehmen möchte, kann sich jederzeit vertraulich an das Team der ZPSU oder an die Regionalstellen wenden oder die telefonische Sprechstunde am Montag nutzen. Die Gespräche unterliegen der Schweigepflicht und hinterlassen keine Spuren in Personal- oder Krankenakten. Karin Herbers: „Beschäftigte müssen keine Angst vor beruflichen Konsequenzen haben oder befürchten, dass ihnen die Suche nach Unterstützung als Schwäche ausgelegt wird. Ganz im Gegenteil: Sich Hilfe zu holen, ist ein Zeichen von Stärke und Verantwortungsbewusstsein.“

JANA LEYGRAF



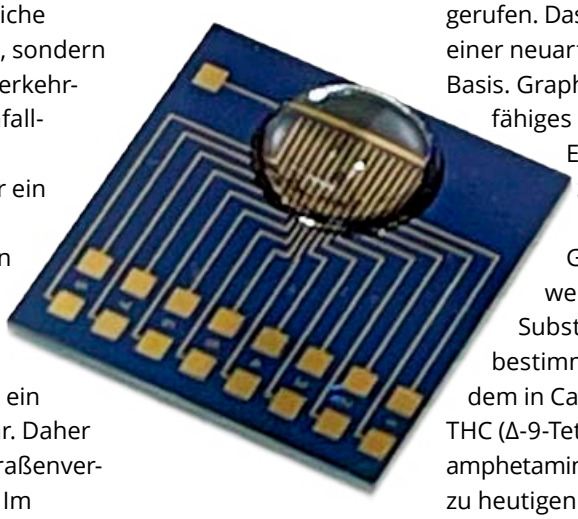
MEHR ALS POSITIV

Cannabis-Teillegalisierung und unterschiedliche THC-Grenzwerte stellen Verkehrsüberwachung vor neue Herausforderungen.

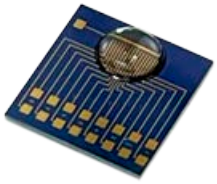
Die Teillegalisierung von Cannabis hat nicht nur gesellschaftliche Diskussionen angestoßen, sondern auch neue Fragestellungen für die Verkehrsüberwachung aufgeworfen. Die Unfallstatistik 2025 hat gezeigt, dass Cannabiskonsum im Straßenverkehr ein größeres Problem wird. Mit 506 Unfällen hatte Cannabis den größten Anteil an Unfällen unter Drogeneinfluss (Alkohol ausgenommen). Gleichzeitig ist es der höchste jemals erfasste Wert und noch dazu ein Zuwachs von 23 Prozent zum Vorjahr. Daher kommt der Drogenerkennung im Straßenverkehr eine besondere Bedeutung zu. Im Gegensatz zu Alkohol steht bislang kein einfaches Messverfahren zur Verfügung, das ähnlich wie ein Atem-Alkoholtest eine zuverlässige Aussage über die Konzentration eines Wirkstoffs im Körper unmittelbar vor Ort ermöglicht. Stattdessen stützt sich die polizeiliche Praxis auf die Beobachtung drogentypischer Auffälligkeiten sowie auf sogenannte Drogenvortests.

GRAS-ID: NEUER FORSCHUNGSANSATZ

Vor diesem Hintergrund wurde das Forschungsprojekt „Graphenbasierter Schnelltest zur Identifikation von Drogen“ (GraS-ID) ins Leben gerufen. Das Ziel des Projekts ist die Erforschung einer neuartigen Messtechnik auf Graphen-Basis. Graphen ist ein besonders leistungsfähiges Material, das sich aufgrund seiner Eigenschaften für hochsensible Sensoranwendungen eignet. Im Rahmen des Projekts soll ein Graphen-Biosensor entwickelt werden, mit dem sich psychoaktive Substanzen direkt im Speichel quantitativ bestimmen lassen. Der Fokus liegt dabei auf dem in Cannabis vorkommenden Bestandteil THC (Δ-9-Tetrahydrocannabinol) und Methamphetamin. Der entscheidende Unterschied zu heutigen Drogenvortests besteht darin, dass künftig nicht nur ein Konsum nachgewiesen, sondern auch die Konzentration der jeweiligen Substanz gemessen werden soll. Damit wäre erstmals eine zahlenbasierte Bewertung direkt im Rahmen einer Kontrolle möglich.



Dieser Chip soll Verkehrskontrollen künftig einfacher machen.



Originalgröße des Chips

NEUE GRENZWERTE, NEUE HERAUSFORDERUNGEN

Im Zusammenhang mit Cannabis gelten seit August 2024 unterschiedliche rechtliche Bewertungsmaßstäbe. So wurde für Ordnungswidrigkeiten nach § 24a Straßenverkehrsgesetz ein Grenzwert von 3,5 Nanogramm THC pro Milliliter Blutserum eingeführt. Der bisherige



Fotos: IM NRW/J. Tack/Bundeswehr-Universität München/LZPD NRW



Die Teilnehmer der Kickoff-Veranstaltung von GraS-ID.

Wert von 1,0 Nanogramm spielt aber weiterhin eine Rolle, beispielsweise bei Fahranfängerinnen und Fahranfängern oder im Zusammenhang mit Verkehrsstraftaten wie Trunkenheit im Verkehr. In der polizeilichen Praxis existieren somit faktisch zwei relevante THC-Grenzwerte. Die derzeit verfügbaren Drogenvortests wurden jedoch überwiegend für die frühere Rechtslage entwickelt und können keine Aussage darüber treffen, ob ein gesetzlicher Grenzwert voraussichtlich über- oder unterschritten wird. Sie beantworten lediglich die Frage, ob eine bestimmte Substanz nachweisbar ist oder nicht. Das Ergebnis lautet dann „positiv“ oder „negativ“. Im Gegensatz zu Atem-Alkoholtests ist eine Aussage über die tatsächlich vorliegende Wirkstoffkonzentration hingegen nicht möglich. Dadurch entsteht für die Polizei ein Spannungsfeld, das ein neues Messverfahren auflösen könnte.

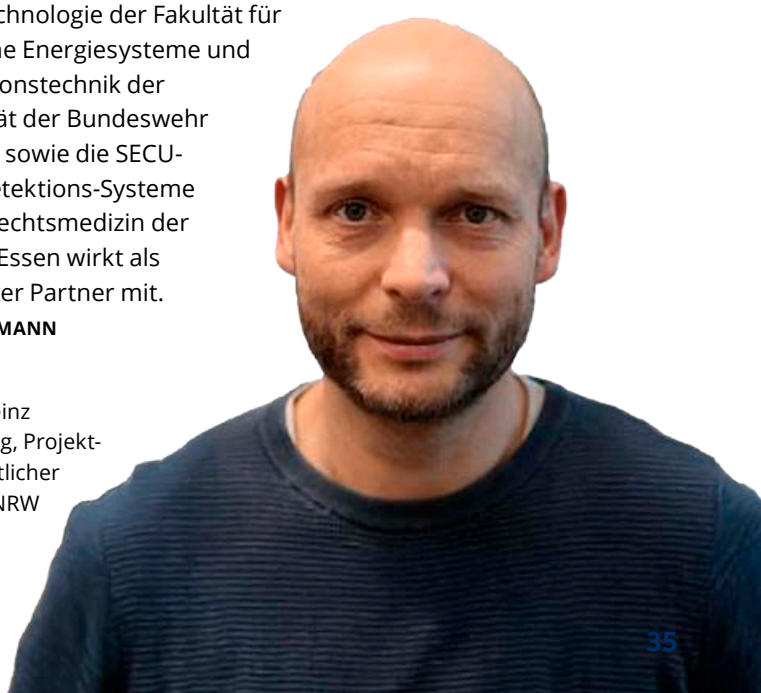
GRUNDLAGENFORSCHUNG

GraS-ID verfolgt dabei nicht das Ziel, innerhalb der Projektlaufzeit ein serienreifes Einsatzmittel für den polizeilichen Alltag bereitzustellen. Es handelt sich vielmehr um Grundlagenforschung. „Das Projekt soll einen sogenannten ‚Proof of Principle‘ liefern, also den Nachweis, dass die zugrunde liegende Technologie grundsätzlich funktioniert. Entwickelt wird daher kein fertiges Produkt, sondern ein Funktionsdemonstrator, der die technische Machbarkeit einer quantitativen Konzentrationsbestimmung aus Speichelproben belegen soll“, erklärt Verbundkoordinator Dr. Karl-Heinz Strucksberg vom Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste Nordrhein-Westfalen (LZPD NRW). Gelingt dieser Nachweis, könnten sich daraus langfristig neue Perspektiven für die Verkehrsüberwachung ergeben. Künftige Messsysteme könnten Wirkstoffkonzentrationen schnell und zuverlässig vor Ort bestimmen und somit die Einschätzung von Kontrollsituationen unterstützen. Auch Änderungen gesetzlicher Grenzwerte könnten perspektivisch per Softwareanpassung berücksichtigt werden.

ÖFFENTLICHE FÖRDERUNG

„GraS-ID“ wird im Rahmen des Förderprogramms „Forschung für die zivile Sicherheit“ vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) unterstützt und läuft von November 2025 bis Oktober 2027. Beteiligt sind das LZPD NRW, die Professur für Sensortechnologie der Fakultät für elektrische Energiesysteme und Informationstechnik der Universität der Bundeswehr München sowie die SECURETEC Detektions-Systeme AG. Die Rechtsmedizin der Uniklinik Essen wirkt als assoziierter Partner mit.

MARK PILLMANN



Dr. Karl-Heinz Strucksberg, Projektverantwortlicher des LZPD NRW

WENN BLAULICHT, DANN GRÜNLICHT!

SAFEPOL, PrioINT und SALUS: Vernetzte Einsatzmobilität sicher gestalten

Blaulicht, Martinshorn und dichter Stadtverkehr: Für Einsatzkräfte zählt oft jede Sekunde. Gleichzeitig stellen Kreuzungen, Staus und unvorhersehbare Reaktionen anderer Verkehrsteilnehmer hohe Anforderungen an die Fahrerinnen und Fahrer von Einsatzfahrzeugen. Trotz moderner Fahrzeuge und intensiver Ausbildung kommt es auf Einsatzfahrten immer wieder zu gefährlichen Situationen bis hin zu Unfällen.
In den Forschungsprojekten PrioINT und SAFEPol arbeitet die Polizei NRW, vertreten durch das LZPD NRW, daher gemeinsam mit Partnern aus Wissenschaft, Wirtschaft und kommunalem Verkehrsmanagement an Lösungen, die Einsatzfahrten künftig sicherer und effizienter machen sollen. Im Mittelpunkt steht dabei die intelligente Vernetzung von Einsatzfahrzeugen mit der kommunalen Verkehrsinfrastruktur.

INTELLIGENTE VERNETZUNG

Die Grundlage für diese Entwicklung wurde im Projekt „KoMoDnext“ durch die Polizei NRW geschaffen. In diesem Projekt konnte nachgewiesen werden, dass Einsatzfahrzeuge mit Lichtsignalanlagen kommunizieren und Ampeln auf ihre Annäherung reagieren können. Die Ergebnisse zeigten das Potenzial der sogenannten Vehicle-to-Infrastructure-Kommunikation (V2I), um Einsatzfahrzeuge sicherer und schneller durch den Verkehr zu führen. Auf diesen Erfahrungen baut PrioInt auf. Das Ziel besteht darin, eine wirtschaftlich attraktive und technisch leicht integrierbare Lösung für Kommunen zu entwickeln. Mithilfe neuer Hard- und Softwarekomponenten sollen bestehende Verkehrssysteme mit geringem Aufwand erweitert werden. Lichtsignalanlagen sollen Einsatzfahrzeuge frühzeitig erkennen und ihnen eine sichere Durchfahrt ermöglichen. Gleichzeitig wird untersucht, wie sich moderne Sensorik und kooperative intelligente Verkehrssysteme (C-ITS) in bestehende Infrastrukturen integrieren lassen.

EINSATZFAHRT WEITERGEDACHT

Während sich PrioInt auf einzelne Verkehrsknotenpunkte konzentriert, verfolgt SAFEPol einen umfassenderen Ansatz. Hierbei steht die gesamte Einsatzfahrt vom Start bis zum Ziel im Fokus. Bereits bei der Einsatzvergabe soll eine optimale Route berechnet werden. Dabei fließen aktuelle Verkehrsdaten, Informationen zu Baustellen und Daten kommunaler Verkehrsmanagementsysteme ein. Entlang der Strecke werden Lichtsignalanlagen frühzeitig informiert und auf das nahende Einsatzfahrzeug vorbereitet. So entsteht ein „intelligenter Korridor“, in dem Kreuzungen angepasst, Signalphasen verändert und potenzielle Konfliktpunkte reduziert werden können. Gerade in Großstädten mit dicht aufeinanderfolgenden Ampelanlagen ermöglicht dieser Ansatz eine deutlich sicherere und flüssigere Anfahrt.

SALUS: DIGITALER SCHUTZ

Mit der zunehmenden Vernetzung von Fahrzeugen und Infrastruktur gewinnt auch der Schutz vor Cyberangriffen

Fotos: Polizei NRW/Dirk Dallig



an Bedeutung. Im europäischen Forschungsprojekt SALUS, das im Rahmen von Horizont Europa gefördert wird, untersucht das LZPD NRW gemeinsam mit internationalen Partnern die Cybersicherheit vernetzter Systeme. Im Fokus des polizeilichen Anwendungsfalls steht die Kommunikation zwischen Fahrzeugen und Infrastruktur (Car2X). Das Ziel besteht darin, Angriffe auf diese Systeme frühzeitig zu erkennen, Schwachstellen aufzudecken und geeignete Schutzmaßnahmen zu entwickeln. Hierzu werden unter anderem Penetrationstests an Fahrzeugkomponenten und Infrastruktur, wie beispielsweise Lichtsignalanlagen, durchgeführt und simulierte Cyberangriffe auf Kommunikationssysteme untersucht. Das ist für die Polizei von besonderer Bedeutung, da vernetzte Einsatzfahrzeuge und intelligente Verkehrsinfrastrukturen nicht nur leistungsfähig, sondern auch sicher und vertrauenswürdig sein müssen. SALUS leistet somit einen wichtigen Beitrag zum Schutz kritischer Infrastrukturen, zur Bekämpfung digitaler Kriminalität und zur Vorbereitung der Polizei auf zukünftige Herausforderungen im Bereich der vernetzten Mobilität. Bei allen drei Projekten steht die Sicherheit im Mittelpunkt. Moderne Sensorik, KI-gestützte Systeme und eine vernetzte Infrastruktur sollen dabei helfen, kritische Situationen frühzeitig zu erkennen und zu entschärfen. Davon können vor allem Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer im Auto profitieren, die im Querverkehr zum Einsatzfahrzeug unterwegs sind. Gleichzeitig können kürzere und sicherere Einsatzfahrten die Reaktionszeiten der Polizei verbessern. Denn bereits wenige eingesparte Sekunden können bei der Gefahrenabwehr, der Verfolgung von Straftaten oder der Unterstützung anderer Sicherheitsbehörden von entscheidender Bedeutung sein.

ZUKUNFT AKTIV MITGESTALTEN

Für die Polizei NRW bedeutet die Beteiligung an Forschungsprojekten mehr als nur die Erprobung neuer Technologien. Vernetzte Mobilität, intelligente Verkehrssteuerung und digitale Kommunikationssysteme werden die Verkehrsinfrastruktur der Zukunft prägen. Durch die Mitarbeit in den Projekten können Anforderungen aus dem Einsatzalltag frühzeitig in die Entwicklung einfließen. Das LZPD NRW leistet mit Unterstützung des Polizeitechnischen Instituts der Deutschen Hochschule der Polizei somit einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung einer modernen und sicheren Einsatzmobilität.

Die Vision ist klar: Einsatzfahrzeuge sollen künftig nicht nur schneller, sondern vor allem sicherer durch den Verkehr geführt werden – zum Schutz der Einsatzkräfte und aller Verkehrsteilnehmer.

DIRK DALLIG UND MARK PILLMANN



Dirk Dallig Ist Ansprechpartner bei Fragen zu SAFEPOL & Co.

Erfolgsgeschichte Grenzgang

Über 15 Jahre gibt es die Ausstellung „Grenzgang“. Die didaktische Plattform ist eine Erfolgsgeschichte – auch, weil sie mit der Zeit geht.



Fotos: Jochen Tack

Mit lebensnahen Szenen wie dieser schafft die Ausstellung kritisches Bewusstsein, sagt Dr. Johanna Wagner.

Polizistinnen und Polizisten verkörpern das staatliche Gewaltmonopol, und das ist mitunter durchaus wörtlich zu nehmen. Sie halten im Dienst ihren Kopf für das Gemeinwesen hin und arbeiten an gesellschaftlichen Nahtstellen, die mit besonderen Herausforderungen einhergehen. Seit 2010 steht die vom Zentrum für ethische Bildung und Seelsorge (ZeBuS) verantwortete „Grenzgang“-Ausstellung des Landesamts für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) den Einsatzkräften dabei zur Seite. „Polizistinnen und Polizisten sind in ihrem professionellen Handeln immer auch Menschen mit ganz individuellen Einstellungen und Grenzen“, betont Dr. Johanna Wagner, promovierte Philosophin und Teildezernatsleiterin des ZeBuS. „Der ‚Grenzgang‘ will ein kritisches Bewusstsein schaffen für die eigenen Handlungsroutinen und Sichtweisen, will hinweisen auf gedankliche Blockaden und sie damit abbauen.“ Mit Erfolg: Die didaktische Plattform an den Standorten Selm und Brühl zählt ihre Besucher inzwischen zu Tausenden, allein 2025 waren es fast 5.000 Polizistinnen und Polizisten. Vier Leitthemen prägen die Ausstellung. Sie startet bei der Frage nach der angestrebten gesellschaftlichen Gleichheit und den in der Realität vorhandenen sozialen Unterschieden. Weiteres zentrales Thema ist Gewalt: Die Polizei kann zum Opfer werden, übt Gewalt aber gemäß ihrem Auftrag auch selbst aus. Derzeit wird das Thema noch um den Aspekt der häuslichen Gewalt ergänzt. „Hintergrund ist die anhaltende Wichtigkeit des Phänomens im polizeilichen Alltagshandeln“, erläutert Johanna Wagner.

NEUER STANDORT IM SCHLOSS

Terroranschläge oder Amokläufe sind Gewalttaten, die gesellschaftlich und medial mit hochemotionalen Reaktionen verknüpft sind. Davon kann sich die Polizei nicht freimachen. Auch diese Phänomene werden daher im „Grenzgang“ reflektiert. Das vierte Element der Ausstellung ist die Frage nach dem Umgang mit Tod und Sterben. Demnächst bekommt der „Grenzgang“ voraussichtlich einen weiteren Standort. In Schloss Holte-Stukenbrock soll eine dritte Dependance aufgebaut werden. Der „Grenzgang“ strahlt zudem über die Landesgrenzen hinaus: Die Landespolizei Thüringen, die Polizei Bremen und das Land Berlin haben nach dem Beispiel aus NRW ähnliche Projekte konzipiert. Weiteres Interesse besteht in Hessen und Baden-Württemberg, bei der Bundeswehr und dem Zoll. Auch ausländische Gäste sind regelmäßig im „Grenzgang“ zu Besuch. „Das ZeBuS hat sich damit als Vorreiter im Feld der polizeilichen Berufsethik etabliert – die Expertise aus NRW ist gefragt“, freut sich Dr. Wagner.

CARSTEN SOBEK

ZUR **BILDER-GALERIE**

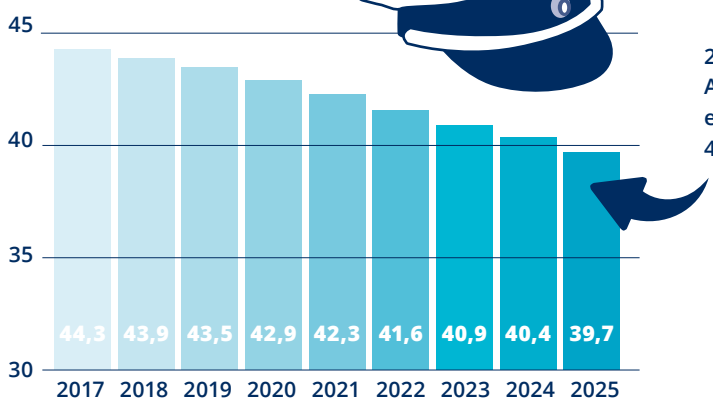
#jugend

Die Einstellungsbilanz zeigt: Trotz der Pensionierungswelle und des demografischen Wandels gewinnt die Polizei in Nordrhein-Westfalen so viele junge Talente wie nie zuvor.

22 JAHRE
ist der Altersschnitt von Polizeibeamtinnen und -beamten in NRW nach Abschluss der Ausbildung.

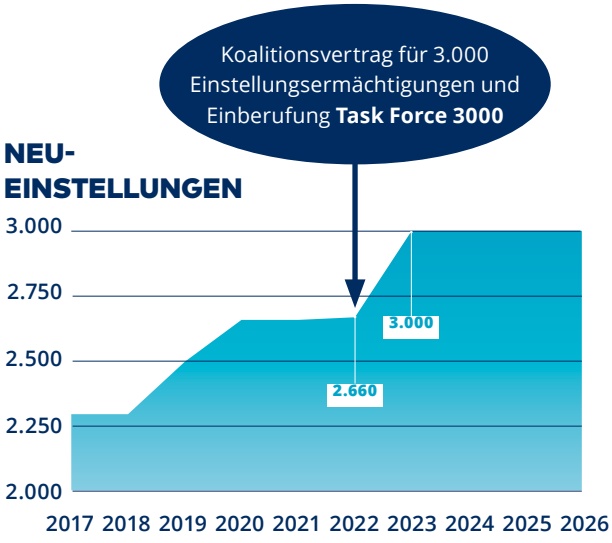


ALTERSDURCHSCHNITT PVB ZUM 1. OKTOBER



2025 sank der Altersdurchschnitt erstmalig unter 40 Jahre!

NEU-EINSTELLUNGEN



61.400 BESCHÄFTIGTE
davon **mehr als 40.500 Polizeibeamtinnen und -beamten**

„Die Polizei in Nordrhein-Westfalen ist jünger geworden. Das ist kein Zufall, das ist gewollt. Wir haben in den letzten Jahren ganz bewusst die Zahl der Einstellungen deutlich hochgefahren. Mehr Aufgaben, eine anspruchsvollere Sicherheitslage und die geburtenstarken Jahrgänge, die in den Ruhestand gehen, lassen uns gar keine andere Wahl. Die hohen Einstellungs- und Bewerberzahlen, zeigen uns, dass sich viele junge Menschen in den Dienst der Allgemeinheit stellen und für die Sicherheit unseres Landes einsetzen wollen.“

NRW-INNENMINISTER HERBERT REUL



ZWISCHEN WACHE & WELTMEISTERSCHAFT

Für Leandra und Melina Krause läuft vieles im Doppelpack. Die Zwillingsschwestern sind beide Polizistinnen in Neuss und seit ihrer Kindheit gemeinsam im Rope Skipping aktiv. Was für manche zunächst nach Schulhof klingt, ist in Wahrheit Hochleistungssport: Tempo, Präzision und Teamgeist, entscheiden über den Erfolg. Für die Zwillinge, die sich auch „blind und taub“ verstehen würden, ein Vorteil. Fähigkeiten, die auch im Dienst zählen: kommunizieren, ruhig bleiben, Rücksicht nehmen. Die Verbindung von Training auf Topniveau und Schichtdienst verlangt Disziplin, doch die zahlt sich regelmäßig bei internationalen Wettkämpfen aus. 2025 holten die Schwestern bei der WM in Japan Bronze im Single Rope Team Freestyle. Für ihre herausragenden sportlichen Leistungen wurden sie jüngst von Innenminister Herbert Reul geehrt. **LAURA TIRIER-HONTOY**

Foto: Volker Beushausen

POLIZEI
Nordrhein-Westfalen

STREIFE

Herausgegeben vom Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen | streife.polizei.nrw | ISSN: 0585-4202

ZUM ONLINE-MAGAZIN